

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 88 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Sonntag-Montag, 1. Okt. 1933

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt:

van der Lubbe
als Tausendkünstler

Seite 3

Zu unserem
Zeitungsverbot

Seite 3

Deutschland fordert Miliz!

Deutsch-französische Erklärungen Deutsche Vorschläge

Schwere Gegensätze

Paris, 30. Sept. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß im Laufe des letzten Kabinettsrates Ministerpräsident Daladier den festen Entschluß der französischen Regierung bekanntgegeben habe, sich an die verschiedenen Punkte zu halten, über die sich die englische und die amerikanische Regierung mit der französischen hinsichtlich der Abrüstung geeinigt hätten.

Diese französische Meldung kennzeichnet, wie sehr sich Frankreich und Deutschland in der Abrüstungsfrage schärfen haben. Am Donnerstag war die erste Wahlungsabstimmung zwischen dem französischen Außenminister Paul-Boncour und dem deutschen Reichsaußenminister von Neurath. Beide Minister sind unmittelbar nach diesem Gespräch in die Heimat zurückgereist, um sich neue Instruktionen zu holen. Schon daraus geht hervor, daß die Gegensätze beiderseits noch als unüberbrückbar empfunden worden sind. Ein Teil der französischen Presse spricht sogar von einem Ultimatum Frankreichs an Deutschland. Diese Formulierung übertrifft die Tatsachen. Wichtig ist, daß Paul-Boncour den französischen Standpunkt sehr ernst und sehr nachdrücklich dargelegt und erklärt hat, daß die französische Regierung nun baldigst sehr schon eine wesentliche Verminderung der französischen Rüstungen vorzunehmen könne, wenn nicht eine einjährige Probezeit festgelegt werde. Während dieser Probezeit müsse eine internationale, automatische und periodische Kontrolle der gegenseitigen Rüstungen aller Länder durchgeführt werden. Der deutsche Außenminister von Neurath erwiderte, die deutsche Regierung werde sich mit einer Rüstungskontrolle einverstanden erklären, wenn gleichzeitig die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung anerkannt werde. Inzwischen hat der Reichsaußenminister von Neurath am Freitag schon an einer Kabinettsitzung teilgenommen. In einer halbamtlichen Meldung wird der deutsche Standpunkt zu den Schwierigkeiten wie folgt formuliert:

Im Vordergrund steht die deutsche Forderung, daß dem Deutschen Reich die Gleichberechtigung hinsichtlich der Verteidigungswaffen bereits während der ersten Periode der Konvention zugesprochen werden müsse. Deutschland verlangt die Abrüstung der schweren Waffen. Soweit die Abschaffung dieser Waffen nicht in einem gewissen Zeitraum erfolgt, besteht Deutschland darauf, daß die von den anderen Mächten zu ihrer Verteidigung für notwendig gehaltenen Waffen auch Deutschland zugesprochen werden. Die Hauptdifferenz besteht im Augenblick darin, daß Frankreich und England diese Forderung in der ersten Periode der abschließenden Konvention nicht erfüllen wollen. Deutschland steht in diesem Punkte keine Möglichkeit eines Nachgebens.

Da Frankreich und mit ihm England und Amerika diese deutsche Forderung bisher ablehnen, und der französische Kabinettsrat sich von neuem schloßelag hat, ist ein Ausgleich bisher nicht zu erkennen. Es ist möglich, daß zunächst versucht wird, auf einer Konferenz der Mächte des Viererpakt die Meinungsverschiedenheiten zu bereinigen.

Die englische Presse läßt auf Grund der Telegramme ihrer Genfer Berichterstatter die Lage der Abrüstungsfrage als

recht ernst erscheinen. Man spricht davon, daß die Gegenforderungen, die Deutschland teilweise mit Unterstützung Italiens stellen wolle, auch für England unerfüllbar seien. Man hofft aber, daß die Beratungen der Außenminister mit ihren Regierungen den Weg zu Erleichterungen der schwierigen Lage öffnen werden.

Schriftliche Gegenvorschläge

Paris, 30. September.

Berlin, 30. Sept. schreibt im „Echo de Paris“: Man darf ohne weiteres annehmen, daß Paul-Boncour nur wenig von seinem Gesprächspartner (Herrn v. Neurath) erfahren hat, der ebenso gut wie er aus erster Hand über alles unterrichtet ist, was sich zwischen den ehemaligen Verbündeten abgespielt hat. Da andererseits die französischen, englischen, amerikanischen Vorschläge nicht schriftlich niedergelegt sind, und diese bei den verschiedenen Delegationen nicht unwesentlich voneinander abweichen, und da schließlich die ihre Verschiedenheit jetzt härter bemerkbar macht, als die gemeinsamen Gesichtspunkte, ist Herr v. Neurath keineswegs von der Rede betroffen oder überrascht worden, die ihm der kleine Rechtsanwalt gehalten hat. Er hat sehr höflich das Angebot zurückgewiesen und mitgeteilt, daß er sich Samstag nach Berlin begeben würde, um mit dem Reichsfinanzminister und seinen Kollegen zu beraten. Wahrscheinlich haben die italienischen Delegierten ihn veranlaßt, diese Reise zu unternehmen. Sie sollen ihm übrigens auch geraten haben, nach Genf schriftliche Gegenvorschläge zurückzubringen.

Wir werden also nächste oder vielleicht übernächste Woche die wahre Meinung der Reichsregierung über die schwebenden Fragen erfahren.

Fortnächst verlangen die Deutschen die Verstärkung ihrer militärischen Kräfte, indem sie sich auf die Tatsachen beziehen, daß die Reichswehr verschwinden müsse, ohne die Probezeit von drei oder vier Jahren abzuwarten, ebenso wie die anderen europäischen Armeen mit mehr oder weniger langer Dienstzeit. Dafür soll eine Art Miliz, in der die Mannschaften nicht länger als sechs oder sieben Monate dienen, geschaffen werden. Er sei gestattet, zu vermuten, daß die Deutschen gleichzeitig bei den anderen, vor allem in Frankreich, gewisse Verabredungen und unmittelbare Abschaffung von Kriegsmaterial und vor allem der Bombenflugzeuge verlangen werden. Um diesen Preis würden sie eine Kontrolle annehmen, deren Mechanismus sie übrigens noch nicht vorgeschlagen haben.

Eine englische Stimme

London, 30. Sept. In einer Versammlung des Nationalen Friedensrates, in der Arthur Henderson eine Ansprache hielt, wurde eine Entschließung zur Abrüstungsfrage angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Konvention herbeizuführen, die wenigstens eine beträchtliche fortschreitende Abrüstung herbeiführt. Der Rat sei davon überzeugt, daß die Möglichkeit, daß Deutschland wieder aufrüste, nur dann wirklich vermieden werden könne, wenn eine progressive und schnelle Verwirklichung der Gleichheit in der Abrüstung durchgeführt werde.

Die „Deutsche Freiheit“

hat sich in wenigen Wochen zu einer Zeitung von internationaler Bedeutung entwickelt. Wer sich über die wirklichen Zustände in Deutschland unterrichten will, greift zur „Deutschen Freiheit“. Wer die politische Perspektive sucht, wird ihr ständiger Leser. Die wachsende Bedeutung findet am besten ihren Ausdruck in der Verbreitung des Blattes. In wenigen Wochen ist es gelungen, fast über den ganzen Erdball vorzudringen. Die

„Deutsche Freiheit“

wird gelesen in Deutschland, Aegypten, Argentinien, Belgien, Brasilien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Mexiko, auf der Insel Mallorca, in Norwegen, Oesterreich, Rumänien, Palästina, Polen, Portugal, in der Schweiz, in Schweden, Spanien, Süd-Afrika, in der Tschechoslowakei, Türkei und in USA.

Einzelnummern gehen nach Bulgarien, China, Estland, Italien, Rußland.

Die österreichische Gefahr

Von Dr. Richard Kern

Doppelt ist die österreichische Gefahr: eine schwere Gefahr für den Frieden, wenn nicht heute, so doch in naher Zukunft.

Die Neubildung der Regierung Dollfuß hat die Krise nicht gelöst, sondern verschärft. Das wird ohne weiteres verständlich, wenn man weiß, daß die Lösung nicht eine österreichische, nicht die von Kanzler Dollfuß vorbereitete und gewollte war. Die Lösung ist eine italienische, sie ist durch die direkte Intervention durch den italienischen Gesandten Kuriti herbeigeführt worden.

Wir sind darüber bis in die Einzelheiten informiert. Nach dem faschistischen Vorstoß des Fürsten Starhemberg, der unmittelbar nach seiner Rücksprache mit Mussolini erfolgt war und nach dem Gegerstoß des bisherigen Vizekanzlers Winkler, der im Namen des Landbundes gegen jeden Faschismus Stellung nahm, war die Situation des Kabinetts unhaltbar geworden. Dollfuß beabsichtigte die Umbildung des Kabinetts sowohl durch Ausschaltung des Landbundes, dessen Anhang im Volke schwach ist, als auch durch Entfernung des Vertrauensmanns der Heimwehr, Fey. Dollfuß legte dabei gerade auf die Ausschaffung Feys das größte Gewicht, denn Fey leitete das wichtige Sicherheitsministerium, das ihm die Möglichkeit von Autschken gab. Dollfuß wollte also ein Ministerium, das als Ministerium der von ihm neugebildeten vaterländischen Front erscheinen und unter offiziellem Ausschluß aller „Parteiinflüsse“ den Kampf um die österreichische Selbstständigkeit gegenüber den Nationalsozialisten fortführen sollte. In dieser Situation intervenierte Mittwoch, 20. September, in den Mittagstunden der italienische Gesandte.

Die Folgen der italienischen Einmischung waren dies: Dollfuß erklärte plötzlich, er könne Fey nicht ausschalten, die Heimwehren nicht aus der Regierung herauslassen, weil sie sonst, aller Verantwortung bar, putzen würden. Die Regierung wurde also ohne den antifaschistischen Landbund, aber mit den italo-faschistischen Heimwehren gebildet. Der bisherige Heeresminister Baugoin, zugleich der Führer der christlich-sozialen Partei, ging gleichfalls, weil er mit Fey nicht zusammenarbeiten wollte. Diese Lösung der Krise hat nicht nur bei den Landbündlern, sondern auch innerhalb der christlich-sozialen Partei große Erbitterung hervorgerufen. Denn Dollfuß hat die Forderungen des Vertreters Mussolinis erfüllt, ohne die Christlich-Sozialen auch nur zu informieren. Diese sind über den verstärkten Einfluß der Heimwehren bestürzt, da sie wissen, daß ihnen auch bei der italienischen Form des Faschismus das Schicksal der Popolari und des Zentrums bevorsteht.

Die Umbildung der Regierung bedeutet also innerpolitisch einen gefährlichen Ruck nach rechts. Die Heimwehr fordert immer wieder ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, vor allem einen Vorstoß gegen Wien. Wie weit Dollfuß sich dieser Forderung fügen wird, ist augenblicklich noch nicht sicher zu übersehen. Auf alle Fälle bleibt aber nach den eigenen Ankündigungen von Dollfuß das Endziel der Regierung eine faschistische

Neun Tote in der Synagoge

Die Katastrophe beim Versöhnungsfest

Bukarest, 30. Sept. Bei einem durch Kurzschluss entstandenen Brand in einer Synagoge fanden neun Frauen den Tod. 36 Personen wurden schwer verletzt.

Zu dem Unglück wird noch berichtet: Als infolge Kurzschlusses aus der elektrischen Leitung Flammen aufschlugen, schrie man „Feuer“ und „Rette dich, wer kann“. Es brach eine furchtbare Panik aus. Die Frauen, die auf einer Holzgalerie dem Gottesdienst beimohnten, begannen sich unter entsetzlichen Schreien von der Galerie herunterzuschürzen. Die Veruche Besonnenener, der Panik Einhalt zu tun, waren vollkommen vergeblich. Man versuchte,

sich mit allen Mitteln den nächsten Ausweg zu erkämpfen, während die Frauen sich weiter von den Galerien in den Vestibülraum blümmerten. Die herbeigeeilten Feuerwehrcute und die Polizei konnten die Türen nicht öffnen, da sie nach innen schlossen und die Massen gegen die Türen drückte. Als man endlich die Ruhe wiederherstellte und feststellen konnte, daß es möglich war, den Brand im Keim zu ersticken, hatten bereits neun Frauen den Tod gefunden, 36 Personen waren schwer verletzt, 14 weitere hatten leichtere Brandwunden davongetragen. Die Synagoge hat ein Bild des Grauens und Entsetzens. Der Gottesdienst galt dem Versöhnungsfest.

Verfassung: unbeschränkte Vollmachten für die Regierung; Pluralwahlrecht und Sechshundertklausel für den Nationalrat; Ausschaltung des Nationalrats von der Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, für die ein Ständerrat allein kompetent sein soll. Als dessen Grundlage sollen Industrie, Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern aus Unternehmern und Arbeitern gebildet werden. Die Arbeitervertreter sollen ernannt werden und zwar nach dem Prinzip, daß jede Gewerkschaftsgruppe gleichviel Vertreter erhalten solle. Dadurch würden die freien Gewerkschaften, die in Oesterreich die überwältigende Mehrheit der Arbeiter repräsentieren, in die Minorität versetzt werden. Die Arbeiterkammern sollen aufgelöst und das Streikrecht beseitigt werden.

Die Regierung scheint sich einzubilden, eine solche Verfassung im Parlament beschließen lassen zu können. Die Sozialdemokratie soll durch Verfolgungen müde gemacht werden, eventuell soll aber die Partei aufgelöst und ihre Abgeordneten aus dem Parlament ausgeschlossen werden. Als Vorbereitung in dieser Richtung ist durch den Minister Fey die Schaffung von Konzentrationslagern verordnet worden. Dem Ausland wird versichert, daß es sich um eine Maßnahme gegen die Nationalsozialisten handelt, in Wirklichkeit sind auch alle Vorkehrungen gegen die Arbeiterchaft getroffen worden.

Das Ausland, auch Frankreich, England und die Kleine Entente haben bisher den Ablauf der Ereignisse verhältnismäßig mit Ruhe ausgenommen. Es denkt nur daran, daß Hitler von Oesterreich ferngehalten werden muß. Es übersteht aber, daß gerade die neueste Politik von Dollfuß dieses Ziel gefährdet. In den ganzen Grenzgebieten ist die städtische Bevölkerung praktisch in Nationalsozialisten und Sozialdemokraten geteilt. Das alpenländische Bürgertum in den Städten ist nationalsozialistisch, die Arbeiterschaft sozialdemokratisch. Auch in den Dörfern ist die jüngere Generation — die älteren Bauern sind christlich-sozial — voll Sympathien für die Nationalsozialisten. Im Falle von nationalsozialistischen Unruhen, die durch Bandeneinfälle aus Bayern unterstützt würden, kann dieses Gebiet gar nicht anders als mit Hilfe der Arbeiterschaft verteidigt werden. Die Offiziere in diesen Gegenden wissen das auch ganz genau und haben es wiederholt den sozialdemokratischen Vertrauensmännern gesagt. Aber die Regierung kann natürlich nicht die Arbeiter zu einer aktiven Verteidigung heranziehen, wenn sie gleichzeitig den Kampf gegen den „Marxismus“ führen will.

Aber noch mehr! Wenn Dollfuß wirklich auf Geheiß Mussolinis, dessen Instrument die Heimwehren sind, den Faschismus durchführen will, führt er Oesterreich direkt in eine Katastrophe. Die österreichische Sozialdemokratie, in deren Lager über 40 Prozent der Bevölkerung stehen, hat bisher alle großen Kämpfe vermeiden, um nicht den Nationalsozialisten die Gelegenheit zu dem vorbereiteten Angriff zu geben. Wenn aber in Wien ein Regierungskommissar eingesetzt, oder die Partei aufgelöst, oder die Gewerkschaften gleichgeschaltet, oder eine faschistische Verfassung durch Gewaltmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie durchgesetzt werden soll, dann ist der Generalstreik mit allen Konsequenzen unvermeidlich. Nach den uns bekannten Beschlüssen von Partei und Gewerkschaften ist es sicher, daß die Sozialdemokratie ihre Position nicht kampflos räumen wird. Die Stimmung in der Arbeiterschaft, die eine Zeitlang infolge der Zurückhaltung der Parteiführung etwas resigniert war, ist in den letzten Wochen sicherlich sehr viel kampfslustiger geworden.

Wohin kann und muß diese Entwicklung — und damit kommen wir zum auswärtigen Aspekt der neuesten österreichischen Politik — führen? Der Generalstreik wäre die Gelegenheit für Hitler, seine österreichische Legion aus Bayern einfallen zu lassen. Aber Mussolini wünscht kein nationalsozialistisches Oesterreich, sondern ein italo-faschistisches. Würde er warten, bis die Nationalsozialisten in Oesterreich stehen, so würde seine eigene dann unausbleibliche Intervention unmittelbare Kriegsgefahr sein. Das kann natürlich nicht der Zweck der italienischen Politik sein. Oesterreich ist aber für Mussolini eine unentbehrliche Schlüsselstellung. Er braucht die Verfügung über Oesterreich, weil in Oesterreich das Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien liegt. Er braucht Oesterreich, weil nur mit der Verfügung über Oesterreich Italien stark genug ist, seinen Plan der Ordnung Mittel- und Südosteuropas durchzusetzen. Es kann andererseits keinen unheilbaren Konflikt in Deutschland wollen, weil Deutschland — und das ist heute seine einzige Funktion in der internationalen Politik — das Mittel der italienischen Expulsion gegen Frankreich und England darstellt. Alle seine Ziele aber kann Mussolini erreichen durch ein Kompromiß mit Hitler. Das Kompromiß würde freilich den Nationalsozialisten die geträumte Herrschaft über Oesterreich nehmen. Oesterreich würde italienische Einflusssphäre mit einer gewissen Beteiligung Deutschlands. Dazu brauchen die Heimwehren nur eine Koalition mit den österreichischen Nationalsozialisten unter ihrer, der Heimwehren Führung, einzugehen. Eine solche Koalition ist möglich, da die Heimwehren durch die italienische Rückendeckung vor einer Ueberrennung durch die Nationalsozialisten gesichert wären. Die Opfer wären die Christlichsozialen und die Sozialdemokratie.

Daß Hitler zu einer solchen Politik fähig wäre, ist klar, die Ereignisse in Danzig haben gezeigt, wie weit Nationalsozialisten in früher für undenkbar gehaltenen nationalen Konzessionen gehen können. Und der Preis für Hitler wäre kein geringer. Er erhielte die Unterstützung in den großen, für ihn gerade jetzt außerordentlich bedeutsamen europäischen Fragen, vor allem in der Abrüstungsfrage, er würde von der außenpolitischen Isolierung befreit. Die Machtstellung des italienischen Faschismus wäre auf der anderen Seite außerordentlich gestärkt. Er verfügte über Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien unbedingt und könnte hoffen, die Schiedsrichtertolle über Europa, die ihm der nationalsozialistische Sieg und die Schwäche der englischen Politik verschafft haben, auf die Dauer machtpolitisch zu unterbauen. Die Kriegsgefahr würde drohender und Europa in zwei Mächtegruppen wie vor 1914 geteilt, wobei die unsichere Haltung Englands heute noch mehr als vor

Kann Genf helfen?

Man erörtert Flüchtlings- und Judenfragen

Genf, 30. September 1933. (Eig. Drahtb.)

In der gestrigen Vollziehung der Völkerbundsversammlung legte der holländische Außenminister de Graeff seinen angekündigten Entschliessungsentwurf zur Flüchtlingsfrage vor. Dieser hat folgenden Wortlaut:

„In den letzten Monaten hat eine große Anzahl deutscher Staatsangehöriger in verschiedenen Ländern Zuflucht gesucht. Der Aufenthalt in diesen Ländern ist in dem Maße, als die Unterstüßungsmittel aus privaten Quellen erschöpft sind, ein wirtschaftliches, finanzielles und soziales Problem, das nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden kann. Die Völkerbundsversammlung ersucht daher den Rat, sobald wie möglich die Methoden zu prüfen, durch die eine praktische Regelung zu diesem Zweck herbeigeführt werden kann, und die notwendigen Maßnahmen für die Ausführung aller Pläne zu ergreifen, die aus diesen Erwägungen hervorgehen können. Gemäß ihrer finanziellen Bestimmung beschließt die Völkerbundsversammlung, zu diesem Zweck einen besonderen Posten in das Budget für 1936 einzusetzen.“

Der schwedische Außenminister Sandler gab von seiner Absicht Kenntnis, die Judenfrage unter dem Gesichtspunkt des Minderheitsrechts im politischen Ausschuss des Völkerbunds zur Sprache zu bringen. De Graeff begründete seinen Antrag damit, daß den Tausenden von deutschen Staatsangehörigen, die in die benachbarten Länder flüchteten, vom Völkerbund geholfen werden müsse. Die bisher angewandten Mittel reichen für die Versorgung der Flüchtlinge nicht aus. Eine Aktion müsse gleichmäßig und allgemein durchgeführt werden.

„Seid einig, einig!“

Die Nazis gegen „schwarze Saarseparatisten!“

Die Harmonie der deutschen Front an der Saar, die sich unter Hitlers Obhut zum Zwecke des Abstimmungskampfes 1935 gekettet hatte, ist durch einen plötzlichen Raubstreik gestört worden. Im Gegensatz zu verschiedenen Meldungen, die bereits von einer nationalsozialistischen Einheitspartei im Saargebiet zu berichten wußten, erklärt jedoch die saarländische Zentrumspartei, daß sie bei aller Bejahung der „Deutschen Front“ ihre Selbständigkeit nicht aufzugeben gedenke. Gleichzeitig wurde ein bemerkenswerter Führerwechsel vorgenommen, der bisherige Vorsitzende Dr. Stegmann trat zurück und an seine Stelle wurde der katholische Pfarrer Bungarten zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Die Vermutung geht nicht fehl, daß man einen katholischen Priester deshalb mit diesem wichtigen Amte betraute, um ihn vor gewissen terroristischen Maßnahmen im Hakenkreuzzeichen zu schützen.

Diese Meldungen haben aber in nationalsozialistischen Lager einen wahren Sturm heraufbeschworen. Die Hakenkreuz-Diktatoren sind so daran gewöhnt, daß alle bürgerlichen Parteien vor ihnen zusammenfallen, daß ihnen der Beschluß des Zentrums fast wie ein Ungehorfam gegen Hitlers Willen erscheint, und sie reagieren darauf mit wüsten Beschimpfungen des Zentrums.

„Schwarzer Saarseparatismus“

So lautet ein Artikel des nationalsozialistischen „Saarbrücker Abendblattes“. Wörtlich wird gesagt,

man könne sich nicht denken, daß ein führender deutscher Geistlicher (gemeint ist der Bischof von Trier) es dulden wird, daß seine Untergebenen vollkommen entgegengesetzte Wege einschlagen und sich offen dem kirchlichen und politischen Separatismus verschreiben ...

„Das Zentrum an der Saar geht wieder einmal seine eigene Wege. Was nützen uns alle Erklärungen, alle Propaganda-Bezeugungen, wenn man sich über die Tatsache nicht mehr hinwegsetzen kann, daß zwischen dem äußersten rechten Flügel und dem äußersten linken Flügel der „deutschen Front“ eine Kluft entstanden ist, die auch mit den schönsten Worten nicht überbrückt werden kann, weil Glaube und Vertrauen zerfallen sind.“

Wir erklären ganz offen, daß wir den Entschluß der Zentrumspartei an der Saar als einen ungeheuren Affront empfanden. An dieser Tatsache ändert auch der Wechsel in der Führung nichts.“

Dieser Angriff wird von der saarländischen Zentrumspartei kräftig erwidert. Die von dem Nazi-Blatt erhobenen Vorwürfe, die als „größte Schmach“ empfunden wurden, weist eine Erklärung „mit aller Entschiedenheit zurück“. Das Zentrum wolle eine selbständige Partei bleiben, um somit der Rückgliederung einen Dienst zu erweisen ...

Vorläufig besteht die Tatsache, daß die „deutsche Front“ noch nicht einmal nach den einfachsten Ansätzen unter sich verkehren kann. Das ist für die Aktions-einigkeit kein sonderlich gutes Zeichen. Das Zentrum muß erkennen, daß es von den Nazis nur dann als „national“ anerkannt wird, wenn es Selbstmord verübt.

Saar und Sozialdemokratie

Der Führer der Sozialdemokratie im Saargebiet Max Braun und der Landesratsabgeordnete Lieser sind nach Genf gereist, um dort die deutsch-freieitliche Auffassung in der Saarfrage zu vertreten.

„Nieder mit Krauß!“

Kundgebungen in London gegen Nazischauspieler

In London kam es Donnerstagsabend zu Kundgebungen bei der Eröffnung der Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ mit Werner Krauß. Kurz nach Aufgehen des Vorhanges ergoß sich von der Galerie eine Flut von Flugblättern mit Schmähungen gegen Krauß und den Reichsfaschler über das Parkett. Gleichzeitig brachen die Demonstranten in laute Rufe aus, so daß der Vorhang wieder herabgelassen werden mußte, während sich auf der Galerie ein Kampf zwischen den Ruhestörern und dem Publikum entwickelte. Inzwischen hatte die Direktion die Hilfe der Polizei erbeten, und die Ruhestörer wurden mit Gewalt aus dem Theater entfernt, worauf das Spiel fortgesetzt wurde.

Die die Blätter melden, haben die lärmenden Demonstrationen Krauß erschüttert und ein Blatt spricht bereits von der Absicht des Künstlers, sein Gastspiel abzubrechen und nach Deutschland zurückzukehren.

Ausschluß jüdischer Apotheker

Auf Anfrage einer Stadtverwaltung legte der preussische Gemeindevater dem preussischen Minister des Innern die Frage vor, ob gegen die beabsichtigte Anschließung derjenigen Apotheken, die im Besitz von Nichtariern sind, von der Versicherung für Wohlfahrtspatienten etwas einzuwenden sei, sofern die Arzneiverordnung dieser Wohlfahrtspatienten dadurch nicht beeinträchtigt werde. Der antragenden Stadtverwaltung ist nunmehr mitgeteilt worden, daß der preussische Gemeindevater folgende Antwort erhalten hat:

„Der baldige Ausschluß von Apotheken, die erwiesenermaßen zugunsten von Nichtariern betrieben werden, beim Bezug von Arzneimitteln auf Rechnung der Stadtverwaltungen erscheint mir dringender notwendig und zulässig. Für die Herbeiführung einer einheitlichen Regelung im Reichsgebiet bleibe ich bemüht.“

Demzufolge werden voranschreitlich nunmehr in Preußen alle diejenigen nachweisbar zugunsten von Nichtariern be-

1914 die Gefahr für Frankreich und für den Frieden steigern würde.

Man sieht, wie entscheidend die anscheinend zunächst nur die innere Politik berührenden österreichischen Entwicklungen geworden sind. Wollen England und Frankreich in der Tat ihr ganzes Vertrauen noch auf Herrn Dollfuß setzen, nachdem dieser längst zu einem willenlosen Spielball in der Hand der Machtpolitik Mussolinis geworden ist? Vielleicht sehen sie doch noch rechtzeitig ein, daß, wer vom Faschismus ist, daran stirbt!

triebenen Apotheken von den Wohlfahrtsleistungen ausgeschlossen werden, deren nichtarische Inhaber nicht der Ausnahmestellung der Teilnahme am Weltkrieg genügen und deren Anschaffung keine erhebliche Benachteiligung der betreffenden Patientenschaft mit sich bringen würde.

Die die Landesorganisation deutscher Apotheker dazu erklärt, werde in absehbarer Zeit nur noch denjenigen Nichtariern Besitz und Führung einer deutschen Apotheke erlaubt sein, die den Frontkriegerparagrafen für sich in Anspruch nehmen könnten.

Das Neueste

In der Nacht zum 8. Oktober wird in Frankreich die Winterzeit eingeführt.

Die Reichsführung des Winterhilfswerks meldet als vorläufiges Teilergebnis 15 Millionen Zentner Brot, Getreide und zwei Millionen Zentner Brotgetreide.

Der Reichsjugendführer hat einen Aufruf erlassen, in dem die Hitlerjugend zur Unterstützung des Kampfes der Reichsregierung gegen Hunger und Kälte aufgefordert wird.

Dem „Petit Parisien“ wird wird aus Avesnes gemeldet, daß ein Flugzeugstotter, der in privatem Auftrag ein Sanatorium aufnahm, bei seiner Arbeit aus dem Flugzeug fiel. Man fand keine völlig verstümmelte Leiche auf einem Feld.

Wie dem „Petit Parisien“ aus Marseille berichtet wird, sind dort mehrere der Berliner Firma Goldschmidt u. Co. entwandene Gemälde aufgefunden worden. Der Diebstahl wurde von Karl Münchhausen ausgeführt, und der Wert der gestohlenen Gemälde wird auf 74.000 Mark geschätzt. Auf Grund einer Anzeige bei der Polizei hat die Zollbehörde von Marseille die Gemälde entdeckt. Sie waren bereits für ein nach Malaga abgehendes Schiff aufgegeben. Die Gemälde wurden beschlagnahmt, von Münchhausen fehlt jede Spur.

Wie Savas aus Madrid berichtet, ist ein chinesisches Mädchen, das in einer Akrobatentruppe im Circus austrat, von einem 16 Meter hoch gespannten Seil abgestürzt. Es war sofort tot.

Warschau, 29. Sept. Bei Radom ist ein Laboratorium zur Erzeugung von rauchlosem Pulver in die Luft gesunken. Drei Arbeiter wurden getötet, 24 schwer verletzt.

Warschau, 29. Sept. Vorgestern ist bei Kielce das Dorf Orzama abgebrannt. Etwa 150 Wirtschaftsgebäude liefen den Flammen zum Opfer. Auch zahlreiche Vieh ist in den Flammen umgekommen.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Militär in Savanna wurden fünf Personen getötet und 16 verletzt. Die Kommunisten haben einen Ausrufenden Streik proklamiert.

Zu einem Zeitungsverbot

D. F. Mit dieser Nummer erscheint die „Deutsche Freiheit“ auch wieder im Saargebiet. Das durch die Regierungskommission des Saargebiets ausgesprochene Verbot von einer Woche hat uns gezwungen, für diese Zeit im Betrieb der „Freien Presse“ zu Straßburg drucken zu lassen. So kommt wir mit einem Tag Unterbrechung unsere geliebte Auslandsaufgabe herstellen und versenden. Eine gewisse Verzögerung war leider unvermeidlich. Wir danken unseren Verlegern und Käufern, daß sie etwas Geduld hatten. Die Telegramme und Telefonate, die uns von Bukarest bis Madrid bestärkten „Do bleibt die „Deutsche Freiheit“? waren uns eine Genugtuung und Ermunterung. Zeigen sie uns doch, wie sehr unser Blatt täglich von vielen Tausenden erwartet wird.

Die Regierungskommission hat das Verbot wegen einer aus dem „Neuen Vorwärts“ entnommenen Karikatur ausgesprochen, die unbeanstandet in ganz Europa, übrigens einschließlich des Saargebiets, verbreitet worden ist. Man hat in der Zeichnung eine Verleumdung des deutschen Reichspräsidenten erblickt. Es ist zwecklos darüber zu streiten. Karikaturen sind niemals rein sachlich. Ihre Absicht ist, überspitzt und einseitig betont die Charakterzüge bestimmter Zustände und Menschen herauszuarbeiten. Das ist manchmal schmerzhaft, zumal wenn der Zeichner seinen Zerstörerlos walten läßt. Eine Herabwürdigung der Person des greisen deutschen Staatsoberhauptes liegt uns ganz fern. Uns geht es nicht um den Menschen, sondern um das System, das unter seiner Regentenschaft und der von ihm beschworenen Verfassung sich entwickelt hat.

Es ist merkwürdig: die Geschichtsbücher lehren uns, daß es für Staats- und Heerführer schmeichelhaft ist, wenn sie verglichen werden mit Löwen und Bären, mit Adlern, Falken, Geiern und Sperbern, mit Wölfen und Luchsen, mit Panthern und Tigern und anderem Raubzeug. Niemand empört sich darüber. Wenn indes ein Künstler den Kopf eines Staatsmannes mit einem Wesen in Verbindung bringt, das in Jahrtausenden der menschlichen Kultur gedulds-, feilschig und genügsam hervorragende Dienste geleistet hat, finden sich viele Menschen peinlich berührt. Es ist schwer zu begreifen, aber es ist so.

Eine Zentrumszeitung im Saargebiet hat das Verdienst für unser Verbot dem saarländischen katholischen Mitglied der Regierungskommission Herrn Minister Rohmann zugeschrieben. Nur als Chronisten nehmen wir davon Kenntnis.

Das Verhalten der gleichgeschalteten deutschen Presse an der Saar jedoch erfordert einige Bemerkungen. Die Fabrikanten und Handwerker dieser Zeitungen sind auf uns sehr zornig, vielleicht auch nur neidisch. Es muß schwer sein und nervenaufreibend, täglich gegen seine Überzeugung schreiben und dann noch den Undank der nie zufriedenen Nationalsozialisten ernten zu müssen. Und noch schwieriger mag es sein, sich jetzt schon ein Zeugnis für Wohlverhalten zu sichern, falls die Spannungen des „dritten Reichs“ im Jahre 1935 doch noch über das Saargebiet hereinbrechen sollten. Was bleibt da anders übrig, als gegen die Marxisten und ihre Presse zu arbeiten? Man muß doch beweisen, daß man mindestens ebenso antimarxistisch ist wie die Hakenkreuzkämpfer und noch unwissender über den Marxismus als diese, wenn es überhaupt menschenmöglich sein sollte.

Welch ein Armutsgewinn stellt sich die nationalsozialistische und die ihr gleichgeschaltete Presse an! Im ganzen Reich ist die gesamte oppositionelle Presse unterdrückt. Allein in dem Reichsgebiet an der Saar, der kleiner ist als ein preussischer Regierungsbezirk, erscheint noch eine einzige unabhängige deutsche Tageszeitung. Wie leicht müßte es für die Uebermacht der anderen sein, sich mit dieser „Deutschen Freiheit“ auseinanderzusetzen, aber sie wagen es nicht, und sie können es nicht. Vor und hinter den Kulissen fordern sie das Verbot unserer Zeitung. **Mund tot machen!** Das ist das Einzige, was sie gegen den Sturm unserer Anklagen aufzubringen wissen, denn sie fühlen wohl, daß unser schonungsloser Angriffswille nicht aus „den paar Emigranten“, sondern aus den Millionen gesehelter, gefolterter, unterdrückter, beraubter Volksgenossen kommt. Dieser Wille aber ist nicht zu töten und wird sich immer wieder gegen eine Barbarei auflehnen, deren schändlicher Ausdruck das Erwürgen jeder Pressefreiheit im Reiches drüben ist. Auch das harte Verbot, das uns betroffen hat, hindert uns nicht gegenüber den Diktatoren, die kommunistische Zeitungen den Gleichgeschalteten leisten, anzuerkennen, daß an der Saar immerhin noch ein Maß von Bewegungsfreiheit für die Presse herrscht, wie es drüben sich kaum noch jemand vorzustellen mag.

Wir sind wieder da und bleiben da. Den Zeitungslakaien des Herrn Hitler mag das unangenehm sein, aber es ist, und es bleibt so. Die Pressefreiheit, für die Generationen deutscher Menschen gestritten haben, soll auf deutschem Boden wenigstens noch von einer Fahne leuchten. Wir sind stolz darauf, die Träger dieses Banners zu sein und werden ihm die Achtung erzwingen, die ihm zukommt.

Das abenteuerliche Leben des van der Lubbe

Im „Nieuwe Rotterdamse Courant“ widmet ein gewisser A. J. van Leeuwen, der einige Zeit mit Marinus van der Lubbe in einer Familienpension gelebt hat, diesem einen großen Artikel, aus dem wir folgende Stellen wiedergeben:

„Sein politischer Hochmut ist sehr groß. Er drängt sich vor, indem er Fäule und Ekstase gebraucht. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, eine Rolle in der Bewegung der Arbeitslosen zu spielen. Für kurze Zeit hat er es verstanden, dahin zu gelangen, daß ganz Leiden ihn kennt und von ihm spricht. Ueberall, wo man eine kleine Gruppe diskutierender Arbeiter findet, kann man mit Gewißheit seine Stimme lauter, als die der anderen hören.“

Wenn es Uruben auf der Straße gibt, so ist es von der Lubbe, der die ersten Prügel verleiht und schließlich ist es auch von der Lubbe, der zwischen zwei Polizisten zum Kommissariat gebracht wird.

Ich habe ihn mehrmals auf der Straße sprechen hören. Niemals war die Rede von einer kommunistischen Politik, deren er sich bewußt gewesen wäre. Er hatte mehr die Ideen eines Sozialisten, und sie waren sehr verworren. Mehrmals habe ich festgestellt, daß er am Schluß seiner Reden zu Folgerungen gelangte, welche den Ideen, denen er anhängt, absolut entgegengegesetzt waren. „Warum bist du so dumm und schreiest du so laut?“ habe ich oft gedacht.

Sein Verhalten und sein absoluter Mangel an Disziplin haben am Ende Konflikte zwischen ihm und der Parteileitung hervorgerufen müssen. Da er außerdem keinen Einfluß auf die Arbeitslosen verlor, verließ er um 1931

Reichstagsprozeß in Leipzig

Van der Lubbe als Tausendkünstler

Wer lügt?

D. F. Van der Lubbe hat auf energische Vorhaltungen des Präsidenten die Brandstiftung im Reichstagsgebäude „gestanden“. Das heißt, er hat ein kaum hörbares „Ja“ gestüßert. Neu ist das Geständnis nicht. Schon die erste amtliche Meldung über den Brand vom 27. Februar gab bekannt, daß van der Lubbe „bei der ersten Vernehmung sofort ein Geständnis abgelegt“ hat.

Neu ist die Art, wie in Leipzig Prozeß gemacht wird. Da der Angeklagte van der Lubbe hartnäckig schweigt, übernimmt der Präsident seine Stellvertretung und erläutert, wie van der Lubbe alles gemacht haben muß. Der fast blinde Bursche soll als Fassadenkletterer in den Reichstag eingedrungen und dort alles allein in Brand gesteckt haben. Nun gehört die Fassade, an der van der Lubbe seine Kletterkünststücke vollführt haben soll, zu den am hellsten beleuchteten Stellen Berlins. Mächtige Bogenlampen bestrahlen sie taghell. Schupos patrouillieren in unmittelbarer Nähe, und gegen 9 Uhr abends ist die Umgebung des Reichstagsgebäudes auch noch von Passanten belebt. Es müßte wunderbar zugegangen sein, wenn niemand die Kimmzüge van der Lubbes bemerkt haben sollte.

Der amtliche preussische Pressedienst mußte es am 1. März viel besser als jetzt der Herr Präsident Bünge auf Grund der Untersuchungsprotokolle des Herrn Vogt. Damals wurde amtlich mitgeteilt, daß mindestens sieben Personen zur Herbeischaffung des Brandmaterials und mindestens 10 Personen zur Brandstiftung notwendig waren. „Ganz zweifellos“, so erklärte der amtliche Bericht weiter, „sind die Brandstifter mit den Räumlichkeiten durch jahrelangen Verkehr vertraut gewesen. Es ist also rätselhaft, warum van der Lubbe die Wand hochgeklettert sein soll, wenn er eine Menge Helfershelfer im Gebäude gehabt hat. Nach demselben amtlichen Bericht vom 1. März ist van der Lubbe, wie drei Augenzeugen bestätigt haben sollen, noch eine Stunde vor Ausbruch des Brandes mit den Reichstagsabgeordneten Torgler und Koenen in den Gängen des Reichstags gesehen worden. Entweder hat der amtliche preussische Bericht gelogen, oder aber van der Lubbe ist, obwohl er es doch so bequem hatte, im Reichstagsgebäude zu bleiben, hinausgegangen, weil er durchaus die Fassade erklimmen wollte. Sonderbare und lächerliche Widersprüche!“

Erinnern wir auch noch daran, daß nach dem amtlichen preussischen Bericht vom 28. Februar die Mitläufer van der Lubbes „durch die unter dem Reichstagsgebäude befindlichen Gänge für die Heizungsanlagen nach dem Wohngebäude des Reichstagspräsidenten entkommen konnten“. So lagte nicht eine ausländische Geheimmeldung, sondern der Bericht der amtlichen preussischen Pressestelle.

Es könnte möglich sein, daß diese amtlichen Berichte sich nicht in den Prozeßakten befinden. Darum ist gut, diese amtlichen Meldungen in die Erinnerung zurückzurufen.

8. Verhandlungstag

(Fortsetzung aus Nr. 87)

Ein Zeuge unvereidigt

Trotz zahlreicher ernsthafter Vorhalte bleibt der Zeuge Bienge dabei, den Jahow an dem in Frage kommenden Tage vor dem Wohlfahrtsamt überhaupt nicht gesehen zu haben. Auf Fragen des Angeklagten Dimitroff stellte der Vorsitzende fest, daß der Zeuge Bienge in Zusammenhang mit der Brandstiftung vom 10. März bis 12. Juni in Haft gewesen sei. Es habe sich jedoch nicht um eine gerichtliche Untersuchung gehandelt. Die Frage des Rechtsanwalts Dr. Sad., ob er nur einmal mit van der Lubbe zusammengewesen sei, bejaht Bienge.

Der Oberreichsanwalt beantragt, Bienge nicht zu vereidigen, weil er als Mitarbeiter, Anstifter oder Gehilfe in Frage kommen könnte. Der Oberreichsanwalt macht aber darauf aufmerksam, daß Bienge trotz der Nichtvereidigung sich der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetze, weil unwahre Angaben zur Entlastung eines Angeklagten

herum die kommunistische Partei. Wahrscheinlich hat man die Absicht gehabt, ihn auszuheulen.

Van der Lubbe ist keineswegs eine sportliche Größe. Wenn er von seinem Plan sprach, den Kanal zu durchschwimmen, glaubten wir, das wäre wieder eine seiner zahllosen Erfindungen. Aber van der Lubbe reist nach Calais. Eine geheimnisvolle Dame gibt ihm ein Boot und van der Lubbe verläßt. Aber er ist gezwungen, auf sein Unternehmen zu verzichten.

Umgekehrt 1928 beginnen die Reisen von der Lubbe nach Deutschland. Er bricht ohne einen Pfennig zu Fuß auf. Unterwegs hält er Autos an und bittet, mitgenommen zu werden. Trotz seines Reifers, das nicht sehr anziehend ist, scheint er keine großen Schwierigkeiten gehabt zu haben. Nach seiner Rückkehr erzählt er in Leiden mit offenkundiger Verriedigung, daß seine Kapitalisten ihre Wagen haben anhalten lassen, um ihn, den Proletarier van der Lubbe, mitzunehmen.

Van der Lubbe knüpft eine Freundschaft mit einem gewissen Holzerda an, mit dem er sich Anfangs 1931 entschließt, eine Reise um die Welt zu machen. Im letzten Augenblick verzichtet Holzerda. Van der Lubbe bricht allein auf. Durch Deutschland, durch Polen und die Tschechoslowakei gelangte er bis zur Grenze Sowjetrußlands. An der russischen Grenze gab es Abenteuer, die mir aus dem Gedächtnis entschwunden sind. Van der Lubbe kann nicht nach Rußland einreisen, und er kehrt nach Holland zurück.

Nach dieser Schilderung scheint van der Lubbe von typischer Kluftmütze und captem Größenwahn besessen zu sein.

in diesem Falle eine Begünstigung darstellen könnten. Der Zeuge Bienge erklärt darauf, er habe keinen Grund, seine Aussage irgendwie zu berichtigen. Wenn andere etwas anderes gesagt haben, so müssen sie die Unwahrheit gesagt haben.

Als Senatsbeschluss wird dann verkündet, daß Bienge wegen Verdachts der Teilnahme unvereidigt bleibe.

Terror und KPD.

Als nächster Zeuge wird dann der Angeklagte J. J. J. J. vernommen. Er gibt zu, früher Mitglied der KPD gewesen zu sein, im Juli 1932 aber wegen persönlicher Differenzen aus der Partei ausgeschieden zu sein. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß in der kommunistischen Zelle deren Leiter er war, niemals die Frage des Terrors behandelt wurde; im Gegenteil seien die Zellenmitglieder gegen den Terror gewesen. Es habe sich lediglich um eine marxistische Schulung gehandelt. Die KPD, erklärt der Zeuge, wolle zwar den Umsturz, aber nicht durch Terror, sondern durch Wirtschaftskämpfe. Der Zeuge gibt dann an, später wieder Verbindung mit der Partei gesucht zu haben. Der Vorsitzende ersucht nun van der Lubbe, der wie gewöhnlich zusammengehunken auf seinem Stuhle hoch, aufzustehen, weil jetzt das Zusammentreffen des Zeugen J. J. J. J. mit van der Lubbe erörtert werden soll. Der Zeuge J. J. J. J. wendet sich zu van der Lubbe und ruft ihm laut zu:

„Marinns, kennst Du mich denn nicht? Ich habe Dir doch zu essen gegeben.“ Der Angeklagte van der Lubbe hält den Kopf nach wie vor gesenkt und schweigt.

Vorsitzender (zum Zeugen): Hat sich van der Lubbe früher auch so verhalten? J. J. J. J.: Damals war er sehr lustig und gesprächig. Eine vornüber gebeugene Haltung hat er freilich auch damals schon gehabt. Vom Gespräch vor dem Wohlfahrtsamt hat der Zeuge J. J. J. J. nichts gehört. Er hat nur beobachtet, daß van der Lubbe in einem Kreis von mehreren Personen stand, und daß man sehr erregt sprach. Auf die Frage, ob van der Lubbe sich als Kommunist ausgegeben habe, erklärt der Zeuge, er habe gesagt, daß er im kommunistischen Sinne tätig sei und daß er etwas machen wolle. Wir haben ihn gefragt, ob er irgendwelche Ausweis-papiere habe und ob er Mitglied der Partei sei. Das hat van der Lubbe verneint. Wir fragten ihn, was er überhaupt wolle und welche Richtung er denn vertrete. Darauf erwiderte van der Lubbe dann:

„In Deutschland gibt es keine solche Partei, die meine Meinung vertritt. Es gibt nur eine Organisation, und das wäre im Sinne der KPD.“

Angeklagter Torgler: Es handelt sich um die Allgemeine Arbeiter-Union, eine sozialistische Organisation. Vorsitzender: Worin unterscheidet sich denn van der Lubbe von Ihnen in den Anschauungen? Zeuge: Darin, daß er keine Parteidisziplin hatte, daß er nicht nach den Führern sah, sondern im Gegenteil verlangte, daß man nicht mehr abwarten dürfe, sondern etwas machen müsse.

Weiter behauptet der Zeuge J. J. J. J., daß van der Lubbe besonders die Ideen der Arbeiter-Union vertreten habe. Angeklagter Torgler: Der Zeuge J. J. J. J. hat ausgeführt, daß die Einstellung der kommunistischen Partei gegen den Terror und für den politischen Massenkampf vorhanden war, daß er aber selbst nur bis Juli 1932 davon Kenntnis habe. Der Zeuge hat aber später wieder Anschluss gefunden. Hat der Zeuge von der zweiten Hälfte des Jahres 1932 und den beiden ersten Monaten dieses Jahres den Einbruch gewonnen, daß sich in dieser Einstellung der kommunistischen Partei zur Frage des Terrors irgend etwas geändert hat?

Zeuge J. J. J. J.: Auch in der letzten Zeit habe ich gehört, daß die Partei den Terror ablehnt. Wenn Ausfälle vorkämen, so wären sie meiner Meinung nach meistens von Leuten verübt, die keine Schulung hatten.

Landgerichtsdirektor Parrilius: Sie haben vorhin einen Unterschied zwischen der Partei und dem Kampfbund gegen den Nationalismus gemacht. Wukten Sie, daß der Kampfbund gegen den Nationalismus eine typisch kommunistische Organisation, gewissermaßen eine Unterorganisation der Partei war? Zeuge: Ja. Gerade in Neuföln ist aber der Beweis erbracht worden, daß dort Elemente im Kampfbund waren, die für den Terror eintraten.

Verwahrung gegen Zuchthäuser und Spitzel

J. J. J. J. verwarft sich dann gegen den Vorwurf, daß er den Plan eines Ueberralles auf das Neufölnener Wohlfahrtsamt ausgeheckt habe. Tatsächlich sei in gewisser Hinsicht der Mann gewesen, der ihn und andere zu einem solchen Ueber-amt ausgeheckt habe. Tatsächlich sei ein gewisser Dinge der wegen krimineller Verbrechen schon im Zuchthaus gesessen habe, vielleicht als Spitzel gewirkt habe. Er, J. J. J. J., sei zunächst verhaftet, aber bald entlassen worden. Das sei für ihn ein Glück gewesen, denn die Reichstagsbrandstiftung sei während seiner Haftzeit erfolgt.

Wie immer

Dimitroff versucht wieder, mehrere „überflüssige“ Fragen zu stellen, die der Vorsitzende ablehnt. Dimitroff fragt dann den gestern vernommenen Zeugen Pantnin, ob er seiner deutschnationalen Parteistellung von dem Gespräch vor dem Neufölnener Wohlfahrtsamt Mitteilung gemacht habe. Zeuge: Jawohl. Dimitroff: Wann? Vorsitzender: Damit ist die Sache erledigt. Der Zeuge hat die Frage bejaht. Dimitroff: das bezweifle ich ganz entschieden.

Es tritt dann eine kurze Pause ein

van der Lubbe kein Marxist

Nach der Pause teilt der Vorsitzende mit, daß der von J. J. J. J. erwähnte Dinge nachträglich für die nächste Woche als Zeuge geladen worden ist.

Es wird dann der Kellner Starker vernommen. Er gibt zu, bis etwa November Mitglied der KPD gewesen zu sein. Ueber die kommunistischen Zellenabende erklärt er, daß dort besonders von den kommunistischen Zielen gesprochen worden sei, aber nicht von Gewaltanwendung. Das Gespräch am Wohlfahrtsamt hat der Zeuge nicht mitangehört. Er sah in dem Lokal von Schlotte, als J. J. J. J. mit van der Lubbe eintrat. Van der Lubbe habe dann bei ihm gesessen und geschlafen und sei am nächsten Tage gegen Mittag wiedergekommen, um sich zu verabschieden. Nach diesem Zeitpunkt hat der Zeuge van der Lubbe nicht mehr gesehen.

Er habe van der Lubbe zunächst für einen Kommunisten gehalten, aber aus politischen Gesprächen dann erkannt, daß van der Lubbe nicht Kommunist, so nicht einmal Marxist gewesen sei, weil er eine politische Theorie entwickelt habe, die mit dem Marxismus nicht vereinbar sei,

Im Zeichen des Devisenmangels

Neudeutscher Autarkie-Wahn

Während die Devisen zur Bezahlung der für die deutsche Industrie wichtigen Rohstoffe immer knapper werden, obwohl nach den Angaben der deutschen Außenhandels-Statistik, wenn sie zuverlässig wäre, eine solche Devisenknappheit unvermeidlich sein müßte, bahnt sich in der deutschen Volkswirtschaft eine eigenartige Entwicklung an, die in mehr als einer Hinsicht an die Zeit des Weltkrieges erinnert. Ganz offensichtlich wird der überhaupt noch zur Verfügung stehende Devisenfonds immer härter zur Rohstoffbeschaffung für die deutsche Rüstungsindustrie reserviert. Auf der anderen Seite behillt man sich mit Ersatzmaterialien, die nicht nur eine halbwegs normale Versorgung der deutschen Bevölkerung selbst, sondern vor allem auch den deutschen Fertigwarenexport in Frage stellen.

Typisch hierfür sind die Verhältnisse in der Textilindustrie, wo man schon längst den Baumwoll-Import bis auf äußerste gedrosselt hat und die Verarbeitung von Wolle propagiert, wobei man in erster Reihe an die Verwendung der sehr viel teureren und schlechteren deutschen Inlandswolle denkt.

Da diese aber, von allen Rationalisationsfragen ganz abgesehen, weder qualitativ noch quantitativ ausreicht, wird jetzt unter dem Schlagwort eines „General-Angriffes auf die deutschen Kleiderkabinette“ die Verwendung von Kunstwolle, also von einem Material propagiert, das aus der Neuerungsbearbeitung getragener Kleider usw. entstehen soll. Ueber Brauchbarkeit und Lebensdauer der Kunstwolle ist kaum ein Wort zu verlieren. Es wird übrigens von der deutschen Propaganda selbst angegeben, daß diese Kunstwolle sich viel teurer stellt als erdliche, aus dem Auslande eingeführte, überseeische Stoffarten. Der Verarbeitungsprozeß der gewonnenen Kleider zu Kunstwolle ist hauptsächlich dem Arbeitsdienst übertragen und man motiviert die Fehlkalkulation bei der Preisgestaltung einfach damit, daß es ja eine der Hauptaufgaben des Arbeitsdienstes sei, auch zeitraubende und privatwirtschaftlich lohnspielige Arbeiten zu leisten, wenn sie nur „volkswirtschaftlich erwünscht“ sind, also Devisen sparen.

Ein interessantes Kapitel ist auch die Entwicklung der deutschen Einfuhr von Rohmetallen.

Auf der einen Seite läßt sich nämlich feststellen, daß gewisse für die Rüstungsindustrie hochwichtige Metalle, wie besonders Kupfer und Eisen, in geradezu ungeheuren Kosten eingeführt werden. Nach französischen Feststellungen betrug die Verschiffung von Eisen- und Kupfererzen über die deutschen Häfen in den ersten fünf Monaten des Jahres 1933 schon 61 000 Tonnen, während im ganzen Jahre 1932 nur 48 700 Tonnen verschifft wurden. Im ganzen Jahre 1931 wurden von Deutschland aus Holland nur 27 000 Tonnen altes Eisen zur Stahlherzeugung eingeführt. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres betrug diese Einfuhr nach Deutschland aber schon 83 000 Tonnen. Berücksichtigt man hierbei, daß die Metallpreise in diesem Jahre ganz enorm gestiegen sind, und daß dies große Erhöhungen der Weltmarktpreise unter normalen Verhältnissen sowie mit Rücksicht auf die deutsche Devisenknappheit stark zur Drosselung der Ex-

und Metalleinfuhr aus dem Auslande beitragen müßte, so wird man sich über die gewaltige Bedeutung dieser Zahlen leicht klar werden.

Wie sehr auf der anderen Seite die Einfuhr von Artikeln, die nur in geringem Grade oder überhaupt nicht der Rüstungsindustrie dienen, im Zeichen des Devisenmangels, der verhärteten deutschen Abwehrfront und der steigenden Rohstoffpreise zurückgeht, sei auf dem Gebiete der Metalleinfuhr am besten dargestellt.

Die deutsche Rohmetalleinfuhr betrug in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres 23 276 t, also nur etwa 1500 t weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1931. Für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres hat sich aber die reichsdeutsche Metalleinfuhr auf 12 143 t, also ungefähr auf die Hälfte gesenkt. Auch bei der deutschen Metalleinfuhr ergibt sich der immerhin sehr erhebliche Rückgang auf knapp 35 000 t gegenüber fast 51 000 t von Januar bis Mai des Vorjahres. In diesen wie in ähnlichen Fällen wird der Rückgang der deutschen Rohstoffimporte allerdings so erklärt, daß die Tätigkeit der deutschen Häfen erhöht worden ist und daß man mehr Meierage eingeführt habe. Die Häfen der See-einfuhr geben hierfür keinen ausreichenden Anhalt, und man wird daher wohl zu der ja übrigens auch viel näher liegenden Erklärung greifen müssen, daß hier, wie in vielen ähnlichen Fällen, die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Devisenknappheit die eigentliche Ursache der verringerten Rohstoffeinfuhr darstellt.

Durch zahllose Einzelheiten kann man das Bild der „Neu-deutschen Autarkie-Wirtschaft“, die hier entsteht und deren Hauptaufgabe es ganz offensichtlich ist, die Versorgung der Bevölkerung zugunsten derjenigen der Rüstungsindustrie immer weiter einzuschränken, vervollständigen.

Dieser gehört zum Beispiel die bezeichnende Tatsache, daß in zahlreichen deutschen Großstädten nach zuverlässigen Meldungen der letzten Wochen den Verkaufserlösen der Lebensmittelgeschäfte Prämien für den Ablass von Zuckerrüben ausgesetzt werden, weil man die vorhandenen Zuckervorräte für die Herstellung von Sprengstoffen reserviert. Man wird diese Entwicklung in der nächsten Zeit nicht unmerklich genug verfolgen können. Deutschland versucht augenblicklich unter Ueberbrückung auch der höchsten Schutzollergrenzen des Auslandes den Posten für seine Fertigwaren dadurch zu brechen, daß man die vorhandenen großen Bestände auf dem Wege des Dumpings zu Preisen, die bis zu 30 Prozent unter denen des Weltmarktes liegen, ausverkauft. An die Herstellung neuer Exportwaren ist mit Rücksicht auf die Devisenlage und die Preisgestaltung auf absehbare Zeit nicht zu denken. Die erzielten Saldo-Erträge werden aber weder zur Beschaffung neuer Rohstoffe für die Exportindustrie benötigt, noch zur besseren Versorgung des Konsums am Binnenmarkt verwandt. Man braucht sie vielmehr so gut wie ausschließlich für die Rüstungsindustrie und das Wirtschaftsbild des ganzen Landes, das immer deutlicher dem einer belagerten Festung gleicht, dürfte sich wahrscheinlich schon in naher Zukunft weiter in einer Weise entwickeln, die für die Weltwirtschaft von unheilvoller Bedeutung sein muß.

Jan Senerin.

Auf eine Frage des Zeugen, in welcher Partei Lubbe seine Ansicht verwirklicht sehen würde, habe van der Lubbe damals geantwortet, eine solche Partei gäbe es nicht, aber am nächsten komme seinem Ideal wohl die A.N.U. (Allgemeine Arbeiter-Union).

Landgerichtsdirektor Parrissius weist darauf hin, daß der Zeuge in seinen früheren Vernehmungen nicht darüber befragt habe, daß van der Lubbe sich zur Arbeiter-Union bekannte. Es fällt mir weiter auf, erklärte Parrissius, daß Ihre Aussagen in dieser Beziehung fast wörtlich mit der Aussage Janedes übereinstimmen. Der Zeuge Starke bestritt jedoch, in der Pause sich mit Janede über dessen Vernehmung unterhalten zu haben. Starke habe zu Janede lediglich gesagt, er sei ziemlich laut gewesen, man habe ihn bis draußen gehört. Auf eine Frage von Parrissius gibt der Zeuge zu, etwa viermal je eine Nacht als Revisor der Mitropa in Oost van Holland gewesen zu sein. Parrissius: Nach meinen Informationen sollen Sie 2-3 Jahre in Holland gewesen sein, zeitweise auch als Revisor der Bahn-Volkswirtschaft in Leiden.

Der Zeuge bestritt das. Die Frage, ob er noch mit holländischen Kommunisten in Verbindung stehe, verneint Starke. Auf die Frage, warum er über seinen Aufenthalt in Holland bisher nicht gesagt habe, erklärt der Zeuge, er habe das nicht für wichtig gehalten und er sei auch nie danach gefragt worden.

Die Frage des H. Dr. Sad. ob van der Lubbe gefragt habe, daß er in Holland Mitglied der A.N.U. sei, verneint der Zeuge.

van der Lubbe „gesteht“

Das Gericht entläßt jetzt auch die übrigen für heute ge-ladenen Zeugen, und der Vorsitzende teilt mit, er wolle heute noch den Angeklagten van der Lubbe darüber vernahmen, wie er den Reichstagsbrand ausgeführt habe. Der Vorsitzende fordert den Angeklagten auf, frank und frei zu erzählen, wie er es gemacht habe. Van der Lubbe schweigt und hält den Kopf gesenkt. Es entspinnt sich dann ein längeres Frage- und Antwortspiel zwischen dem Vorsitzenden und van der Lubbe, bei dem der Angeklagte entweder gar keine oder widersprechende Antworten gibt.

Schließlich fragt der Vorsitzende: Haben Sie das Reichstagsgebäude angezündet? — Van der Lubbe sagt ganz leise: Ja. — Wann haben Sie den Entschluß dazu gefaßt, fragt der Vorsitzende weiter. — Van der Lubbe: Wann ich nicht sagen.

Vorsitzender: Sie sollen uns liegend erzählen, wie es gewesen ist. Wenn ein Angeklagter die Aussage verweigert, dann bleibt mir nichts anderes übrig, als entsprechend zu verfahren.

Der Vorsitzende unterbricht dann die Verhandlung durch eine kurze Pause, in der zwei große Karten angeschaut werden, auf denen man die Grundrisse des Erdgeschosses und des Hauptgeschosses des Reichstagsgebäudes sieht.

Der Vorsitzende ist allwissend

Der Vorsitzende schildert auf Grund der in der Voruntersuchung gemachten Angaben des Angeklagten den Weg, den van der Lubbe genommen hat. An der Karte markiert ein Gerichtsangestellter mit einem langen Stab den jeweils vom Vorsitzenden bezeichneten Punkt. Sie sind also, so führt der Vorsitzende aus, nachdem Sie kurz vor 9 Uhr am Reichstag angekommen waren, rechts von der großen Aushaft nach Uebersteigung des Geländers an der Außenseite des Gebäudes emporgeklüffert und sind nach Ueberwindung der Brüstung des Fensters auf dem Balkon vor dem ersten Fenster des Restaurationsraumes im Hauptgeschoss gelangt. Im weiteren Verlauf der Sitzung gibt dann der Vorsitzende ein ganz ausführliches Bild des sogenannten Brandweges. Der Vorsitzende schlüsselt: Sie haben am Schluß Ihrer Vernehmung angegeben, daß Sie glauben, zur Durchführung der ganzen Brandlegung etwa 10 bis 20 Minuten gebraucht zu haben. Die Proben, die daraufhin unternommen wurden, haben die Möglichkeit bestätigt, daß man in dieser Zeit den Brandweg machen und die Brandlegung ausführen kann. Das wollte ich heute zur Klarstellung des Brandweges dem Angeklagten vorhalten. Er ist diesen Vorhaltungen gefolgt und hat ihre Richtigkeit bestätigt.

Die nächste Sitzung findet am kommenden Mittwoch um 9.30 Uhr statt.

Wirtschaft und Arterparagroph

Zu der Frage, ob eine Unterscheidung zwischen arischen und nichtarischen Firmen in der Wirtschaft zu machen ist, spricht sich der Reichswirtschaftsminister, wie der Parlamentsbericht der A.N.U. meldet, in einem Erlaß folgendermaßen aus. Eine Unterscheidung zwischen arischen und nichtarischen oder nicht rein arischen Firmen innerhalb der Wirtschaft, insbesondere bei dem Einsetzen geschäftlicher Beziehungen, halte ich nicht für durchführbar. Eine solche Unterscheidung mit dem Zwecke einer Boykottierung nichtarischer Firmen müßte notwendig zu erheblichen Störungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues führen, da ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt durch Betriebs-einschränkungen der von dem Boykott betroffenen Firmen und nachteilige Folgen für die Lieferungen dieser Firmen und deren Arbeitnehmer unvermeidbar wären. Im übrigen bin ich ebenso wie der Herr Reichsminister für Volksausklärung und Propaganda der Auffassung, daß keine Veranlassung besteht, gegen eine Firma vorzugehen, solange ihre Inhaber nicht gegen gesetzliche Vorschriften oder gegen die Grundzüge der kaufmännischen Ehre verstoßen.

So spricht der Minister. Im Lande aber geht der Judenboykott launig weiter. Wie er wirkt, zeigt u. a. folgender Bericht:

„Die seit 35 Jahren bestehende jüdische Herrenkonfektionsfirma Gebr. Mares in Berlin, die kürzlich einen Teil ihrer Filialgeschäfte im Reich veräußerte, hat, wie „Der Konfektionär“ erfährt, ihre Zahlungen eingestellt. Der Verkauf der Filialen ist zu dem Zwecke erfolgt, um die Möglichkeit zu schaffen, den jetzt am Verfahren beteiligten Gläubigern eine höhere Quote zu bieten. Verursacht ist die Zahlungseinstellung durch enorme Umsatzzukunftsangst. Es ist gegenwärtig noch nicht zu übersehen, welche Werte aus dem erheblichen Grundbesitz herauszuwirtschaften sind, da er sehr belastet ist. Mit den weiteren Vergleichsverhandlungen ist Wirtschaftsprüfer Arthur Bredt beauftragt. In den nächsten Tagen ist eine Besprechung mit den Großgläubigern beabsichtigt.“

Leipziger Messe

Die Deutsche Holzbauinstrumenten-Fabrik Oscar Adler u. Co. in Marneville erklärt ihrer Kundenschaft: „Die Messerpreise haben in gar keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen. Aus diesem Grunde werden wir auch zu dieser Herbstmesse nicht ausstellen.“ Im Monat Juli hat die Fabrikindustrie insgesamt für 6000 Mark exportiert. Diese Zahl ist so klein, daß Vergleichszahlen gar nicht mehr angegeben werden. Die deutsche Instrumentenindustrie steht vor einer Katastrophe.

Wankender Glaube - sinkende Kurse

Die Kapitalisten sind skeptisch

Die Heralde des „dritten Reiches“ hatten feierlich verkündet, daß der bloße Glaube an Hitler Wunder wirken würde, und daß dem enormen Aufschwung der Seele der Aufschwung der Wirtschaft folgen würde. Ein ziemlich zuverlässiges Barometer für die Höhe des Vertrauens der deutschen Unternehmer in die Wunder wirkende Kraft der hitlerischen Arbeitsbeschaffung sind die Kurse der Wertpapiere. Da ergibt sich denn, daß die Aktienkurse in Deutschland ständig sinken, während auf den großen Weltbörsen die Kurse der Aktienkurse im Steigen ist. In der Zeit vom 12. August bis zum 9. September stieg der Aktienindex in London von 67,5 auf 68, in Amsterdam von 34,7 auf 38,9, in New York von 38,8 auf 39,8, in Zürich von 47,8 auf 48,7, dagegen sank der Aktienindex zur gleichen Zeit in Berlin von 29,4 auf 25,3.

Der Aktienindex insgesamt sank von rund 65 Anfang August auf rund 60 Anfang September.

Einige Berliner Banken haben wegen völliger Stokung des Börsengeschäfts ihren Betrieb eingestellt. Man muß auch berücksichtigen, daß die Großbanken von der Reichsregierung gezwungen werden, auf der Börse zu intervenieren, d. h. Aktien, die vom allzu tiefen Sturz bedroht waren, aufzukaufen. Die amtlichen Börsenkurse sind frisiert: ohne die den Banken aufgezwungene Intervention, die die ohnehin spärlichen Wirtschaftskredite noch weiter verknüpft, wäre der Fall der Kurse noch bestiger.

Im letzten Wochenbericht der Berliner Handelsgesellschaft, einer der Berliner Großbanken, wird diese auffallende Erscheinung zu erklären versucht. Die Bank kann ihre Meinung nicht offen aussprechen und überläßt es deshalb ihren Kunden, zwischen den Zeilen zu lesen. Immerhin ist die Umschreibung deutlich genug. Es heißt in dem Bericht:

„Die Wirtschaftsumstellung hat aus persönlichen oder sachlichen Anlässen das Angebot am Effektenmarkt geschrumpft.“ Mit anderen Worten: anstatt angeregt durch den erhofften Wirtschaftsaufschwung mehr Aktien zu kaufen, haben die Kapitalisten sich nach Kräften bemüht, die Wertpapiere, die sie bereits hatten, loszuwerden. Weiter heißt es: „Nun wird vermutlich jener Teil der Kapitalbildung, der sich über die Unternehmung vollzieht, noch erheblich durch

die Notwendigkeiten der Wirtschafts Anpassung beansprucht, auch ist möglich, daß die organisierte Arbeitsbeschaffung dann und wann noch Reibungsverluste verursacht.“

Die Art der hitlerischen Arbeitsbeschaffung wirkt also auf das Anlage suchende Kapital nicht ermunternd, sondern abschreckend.

Die Unternehmer glauben also nicht an den von Hitler versprochenen „Anstieg“, weil sie den tatsächlichen Abstieg allzu deutlich vor Augen haben.

Im allgemeinen pflegt das Sinken der Aktienkurse vom Steigen der Rentenkurse begleitet zu sein. Die Kapitalisten, denen die Anlage der Aktien zu riskant erscheint, wandern zu den mit fester Verzinsung und Garantien der öffentlichen Hand ausgestatteten Anleihepapieren ab. Diesmal jedoch sind die Kurse der Rentenscheine nicht nur nicht gestiegen, sondern gleichfalls gesunken.

Das Kursniveau der festverzinslichen sechsprozentigen Wertpapiere fiel von 79 Anfang August auf 77,5 Anfang September.

Auch dafür gibt der Bericht der Berliner Handelsgesellschaft eine Erklärung:

„Zugegeben ist, daß das im Mittelpunkt der Rentenscheinerörterungen stehende kommunale Schuldenproblem durch psychologische Antriebe allein nicht gelöst werden kann.“

Die hoffnungslose Seite der Kommunalfinanzen schreckt also die Kapitalisten vor dem Ankauf von Anleihepapieren zurück. Sie fürchten, daß sie die Leidtragenden des finanziellen Bankrotts der Kommunen sein werden, wie es die Anleihegläubiger einer Reihe deutscher Großstädte bereits geworden sind. Die Bemerkung der Berliner Handelsgesellschaft ist aber auch eine schallende Ohrfeige für das hitlerische Regime, für die die gleichgeschaltete Leitung dieser einst „verluderten“ Bank eigentlich mindestens das Konzentrationslager verdient hätte. Denn sie besagt, daß es auf die Dauer nicht damit aetan ist, den Mangel an wirklichen Leistungen mit Reklamegeschrei zu überbieten oder mit Hysterie zu überblenden.

Mercator

Haushaltsausgleich auf dem Papier

Die Zeitschrift „Reich und Länder“, Monatschrift für die Entwicklung der Verfassung, Verwaltung und Finanzen in Deutschland (Heft 6), ein durch und durch gleichgeschaltetes Blatt, bringt eine Betrachtung über die Haushaltspläne der deutschen Länder für 1933. Mit Genugtuung wird festgehalten, daß in den meisten Ländern der Etat nicht beraten, sondern auf Grund von Ermächtigungsgesetzen diktiert wurde. Dennoch ist das Ergebnis der Diktatur nicht günstig. Das gleichgeschaltete Blatt sagt: „Trotz allen Bemühungen ist aber der Haushaltsausgleich in einzelnen Fällen über das Papier hinaus nur in Form von Ermittlungen. Wie oben schon näher ausgeführt wurde, haben zahlreiche Länder wieder die Ergebnisse eines Globalabstrichs zur Deduktion heranziehen müssen, dessen Durchführung natürlich um so schwieriger wird, je spärlicher der Haushalt an sich schon aufgestellt ist.“

Andere Länder haben Einnahmeverluste aus früheren Jahren herangezogen.“ Also von den berühmten Jahren der Korruption, Schwand und Schande leben jetzt die deutschen Landesregierungen. Ansonsten wird man auch hier wieder auf die Zukunft verweisen! „Im allgemeinen aber werden erst die Haushaltspläne für 1934 (1) deutlich den Einfluß der neuen Staatsführung zeigen können, so daß die diesjährigen Etats nur unter dem Gesichtspunkt des Uebergangs zu einer neuen Entwicklung gewertet werden können.“ Einen so langen Uebergang hat der vormärzliche Hitler allerdings nicht prophezeit.

Vom deutschen Holzmarkt

Wörtlich aus einem Bericht zitieren, den wir nicht näher nennen, um ihn nicht der Kultur preiszugeben: „Der Ablass hat, während Nichtenkammholz sich noch einigermaßen im Ablass gehalten hat, ist der Ablass für Kiefernholz auf die Hälfte zurückgegangen. Nichts schneidet in der Bewertung besser ab als Kiefer. Im Laubholz ist das Geschäft recht klein geworden.“

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Sonntag, den 1. Oktober 1933 * Ereignisse und Geschichten

Der Reichsbischof

Das Ende einer Kirche

Organisatorisch gesehen, ist der rasche Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen zur Reichskirche eine Glanzleistung. Sachlich bedeutet die Art, wie er sich vollzog, das schimpfliche Ende des letzten Restes von Christentum in dieser Kirche.

Als vor über 400 Jahren die deutschen Fürsten und Herren, alten wie neuen Glaubens, festlich zusammenkamen, um die teuflische Marterung der gefangenen aufständischen Bauern als köstliches Schauspiel zu genießen, da handelten sie im Sinne Luthers, der in seiner Schrift „wider die aufständischen Bauern zu predigen“, die Obrigkeiten zu jeder Art Gewalt und Gräueln aufgehetzelt hatte. So küßten die Bauern, daß sie Luthers Lehre von der christlichen Freiheit und seiner ersten bauernfreundlichen Schrift getraut, daß sie unter Berufung auf das Evangelium Menschenrecht und bescheidenen Lohn ihrer harten Arbeit gefordert hatten.

Die Kirche, die Luther als Empörer gegen Rom und Verbündeter kirchengutgläubiger weltlicher Herren ins Leben rief, war von Anfang an unfrei, ein Stück fürkaiserlicher Verwaltung, der die Lehre vom unbedingten Gehorsam auf weltlichem Gebiet ebenso tief eingepreßt war wie der Haß gegen die „Pure Vernunft“ (Luther) auf geistlichem. Die römische Kirche wollte den Staat beherrschen — die lutherische wurde ein Werkzeug der Obrigkeit, der zahllosen Fürsten-Papstlein, die es in Deutschland gab. So hat sie jede Forderung der herrschenden Schichten ausgebeutet: Bauernlegen und Totmarterung von Jagdfreiwilern, Spickrutenlaufen der Soldaten und Eroberungskriege waren ihr Ausfluß göttlichen Willens. Jeden Versuch zum Schutze der niedergedrückten Volksschichten brandmarkte sie als Anfechtung gegen den Willen Gottes. Ausnahmegesetz und Brotzoll wurden gelehrt, die internationale christliche Friedenspredigt umgänglich in eine national-militaristisch verengte, die in Gefallenfeiern Stimmung machte für neuen Krieg.

So kam es, daß nicht nur die theoretischen Freidenker mit der Kirche brachen, daß alle frei und sozial Gesinnten aus ihr lästeten. Der letzte Versuch eines religiösen Sozialismus wurde von der Kirche niedergedrampelt. Sie predigten den Armen und speisten mit den Reichen.

Nun hat diese Entwicklung ihr Ende erreicht. In Wittenberg, wo neulich Hitler als zweiter Luther gepriesen wurde (mit mehr Recht, als jene, die ihn damit zu ehren dachten, einsehen), ist ein Militärbeamter, der Bezirkspfarrer Müller, als Reichsbischof verstanden worden. Natürlich einstimmig, wie heute alles geschieht, nachdem man den etwas sozialeren Bodelschwingh zur Strecke gebracht und seine Freuden hinausgedrängt hatte. Nur das Feuerwerk hat dieser Naziparade gefehlt. Der neue Reichsbischof suchte es durch Gedankenblitze zu erlösen. Wie er vor kurzem die christliche Friedenspredigt auf den „Frieden mit Gott“ (und Krieg mit seinen Widersachern) verengert hatte, suchte er jetzt die göttliche Schöpfung aller Menschen mit dem ardenwahnwitzigen Uebermenschen-Triktum in Einklang zu bringen.

„Zwei Rassen gibt's — die eine wird mit Sporen, mit Sätteln wird die andere geboren.“

Das ist nun das Ende der deutschen evangelischen Kirche. Sie findet kein Wort gegen die Unterdrückung vieler Millionen Deutscher, gegen die boshafte Zudröckerung von Jehntausenden. Der Geist der Propheten, die freilich Juden waren, ist in ihr erstorben. Es lohnt von nun an nicht mehr, von ihr zu reden. Es ist ein Stück Nazitum mehr. Wenn der Hitler-Götze in Staub zerfällt, wird man auch seine Baals-Plaffen auf den Düngerhaufen der Geschichte werfen!

Mussolini - Protestant!

Der Eckstein beachte es an den Tag

Zu welchen Vertriebenheiten heute die Apologeten des Faschismus in Deutschland gelangen, dafür ist ein Aufsatz von Richard Eckstein in der September-Nummer der „Zeitwende“ ein bemerkenswertes Beispiel. Es heißt darin:

„Wir empfinden die Wirtschaftsverfassung des „Korporativen Staates“ als protestantisch und lutherisch. Der Protestantismus lutherischer Prägung verzichtet ja bewußt auf ein Wirtschaftsprogramm und auf eine wirtschaftliche Ideologie und Utopie. Der einzige Grund, den Luther für die Wirtschaftsverhältnisse aufstellt, ist der der Billigkeit, der Angemessenheit von Leistung und Lohn. Alles andere überläßt er der Zweckmäßigkeit und der freien, aus den Notwendigkeiten und Möglichkeiten sich entwickelnden Gestaltung. Alle anderen geistigen Bewegungen — das Schwärmertum, der Katholizismus, auch das Reformierentum, erst recht aber der Marxismus und am deutlichsten der Bolschewismus — haben einen von vornherein festliegenden Plan der Wirtschaft- und Sozialgestaltung. Sie alle leben in der Fiktion, daß es eine bestmögliche Wirtschaft gebe, eine Art Reich Gottes in der Wirtschaft, das nach einem besonderen Rezept verwirklicht werden könnte. Diese Ideologen haben letztlich zu der heillosen Verwirrung der Wirtschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts geführt. Mussolini, der katholische Italiener, hat zum erstenmal — ob bewußt oder unbewußt, wissen wir nicht — eine Wirtschafts- und Arbeitsverfassung im Sinne des deutschen Reformators geschaffen.“

Jeder sah ein tiefsinniger Unfug. Wer den Katholizismus kennt, der weiß, daß gerade ihm ein von vornherein festgelegter Wirtschafts- und Gesellschaftsplan fehlt. Welt härter hat sich der Protestantismus mit bestimmter Wirtschaftsauffassung verhalten. An der Schwelle der modernen Gesellschaft steht neben dem Kapitalismus der Calvinismus. Dieser Eckstein bemüht sich vergeblich, als architektonische Zierde der Wissenschaft Geltung zu erlangen.

Aber noch viel lächerlicher ist sein Vergleich: Mussolini gleich Luther. Man hätte ihn gleich zum deutschen Reichsbischof wählen sollen, statt den Umweg über Bezirkspfarrer Müller zu wählen.

durch die fürchterliche Ungewißheit, in die man sein Schicksal häßt, man will ihn zerbrechen, ohne ihn verurteilt zu haben. (Aus dem „Aufruhr“.)

Das sind heut Lehrerversammlungen

Kenntnisse - nicht mehr wichtig

In der Obersteiner Turnhalle land, so lesen wir in der gleichgeschalteten Presse, eine große Rundgebung des Birkenfelder NS-Lehrerbundes statt. Als Hauptredner sprach Prof. Abade-Wörddorf über Aufbau und künftige Gestaltung des Schulwesens im neuen Deutschland. Die neue Schule unterscheide sich von der bisherigen dadurch, daß sie nicht nur Lehrplan, sondern auch ein Lehrziel habe. Vorläufig seien für den Aufbau nur rote Richtlinien vorhanden, und alle schöpferischen Menschen müßten den Weg bahnen hellen zur endgültigen Ausgestaltung. Den übrigen aber falle die Kleinarbeit des Erziehungswesens zu. Der künftige Unterricht wird nicht mehr lediglich Fernunterricht sein, nicht mehr auf die unbedingte Einträchtigkeit von Kenntnissen das Hauptaugenmerk richten, sondern sich gänzlich neu gestalten unter allmächtigem Fortschritt der Einteilung in Räder. Er wird künftig aus vier Grundbetätigungen bestehen, Feiern, Spiel, Lehrgang und Arbeit. Wochenanfang und Wochenende, ebenso Tagesanfang und Tagesende sollen Feiern bilden, wenn auch nur kurze Minuten lang. Der Lehrgang dient der Vermittlung von Kenntnissen. Diesem Gebiet wird nicht mehr wie früher ein Vorrang eingeräumt. Die Kenntnisse waren vielfach nur Selbstzweck und für das Leben nutzloser Ballast, mit dem der in die Welt tretende Schüler meist nicht viel anfangen konnte. Die interessantesten Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen und es schloß sich eine rege Aussprache an. Der Orchesterverein spielte noch den Marsch „Adlerflug“ von Blankenburg und nach einem Sieg-Heil auf Reichspräsident und Reichskanzler schloß die Verklamung mit dem Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes ...

Frage an den Leser

Ob sich Gott die Erde so gedacht hat, als er sie aus lauter Nichts gebauet, als er Tier und Mensch aus Lehm gemacht hat, frage ich Sie, lieber Leser, laut. Rüstiger Hand erhebt er Park und Wiese, formt er die Ufer blauer Seen; dachte er hierbei schon an die Krise, und daß Tausende jetzt stempeln gehn?

Ob sich Gott die Erde so gedacht hat, als sein Geist den Kreislauf ihr erkant? Ob er es mit Abficht so gemacht hat, daß es mancher nicht ertragen kann? Schuf er auch des Stahlwerks Kapitäne und den Räder, der uns niederhaut, da er Blisse schuf und die Ökane, frage ich Sie, lieber Leser, laut.

Ob sich Gott die Erde so gedacht hat, die nun munter um die Sonne rollt, die er einst aus lauter Nichts gemacht hat, mit Maschinen, Feldern, Erzen, Gold? Ob er uns vielleicht nicht gar veracht hat, als er dieses Bahnstreckennetz geichant, das der Mensch aus dieser Welt gemacht hat, frage ich Sie, lieber Leser, laut.

Benzel Bladef

Die Deitte Reichspost

Der deutsche Reichspostminister hat einen Erlaß über die Militarisierung des Postpersonals herausgegeben.

Endlich werden die schlappen deutschen Briefträger eine zackige Haltung bekommen. Nach den Postanweisungen von Reichswehrministerialen müssen sie nun nicht nur expedieren, sondern auch exerzieren. Das Ganze ist natürlich eine Trugsache, der sich kein Beamter entziehen kann.

Beim Einlangen eines Postzuges wird Vergatterung geboten. Nun geht's mit klingendem Spiel zum Amt. Die Briefträger der Staatsautorität sehen bereits angesichert da. Nachdem der Postkoffer die Front abgeschritten hat, werden die Briefe verteilt. Verdächtige Postfächer kommen zuerst zum Oberbriefträger. Die Briefträger werden zum Zukelldienst abkommandiert und gehen im Steschriff, jeder einzelne unter Führung eines Postcorporals und begleitet von einem Posthornisten, in ihr Revier. Das Deramnen der Patronille wird den Empfängern durch das Trompetensignal „Trara, die Post ist da!“ angekündigt. Auf den Befehl „Präsentiert den Brief!“ wird die Post mit exakt militärischen Bewegungen übergeben.

Rechnlich vollzieht sich das Ausheben. Bei jedem Briefkasten steht ein Wachtposten, der der anrückenden Entleerungsmannschaft in einem kurzen Rapport die Anzahl der seit der letzten Aushebung eingeworfenen Briefe sowie allfällige verdächtige Beobachtungen meldet. Solche Mitteilungen führen dann dazu, daß die Boten neben der Post auch marxistische Zirkel ausheben. Selbstverständlich werden auch bei der Post nur eingeschriebene Mitglieder der NSDAP reformmandiert.

Raro.

Die Gefangenen

Ohne Anklage in den Kerkeren Hitler-Deutschlands!

Kurt Hiller

In dieser Zeit, da Tausende und aber Tausende der besten Köpfe Deutschlands in den Konzentrationslagern eines Obdring einem fürchterlichen Schicksal entgegensehen, ist es sehr schwer, keine Stimme zugunsten eines einzigen zu erheben. Im Falle Kurt Hiller's muß es geschehen! Dieser lautere Schriftsteller, seiner Organisation Mitglied, Feind jeglichen Kompromisses, sitzt seit dem 14. Juli 1933, da er von neuem verhaftet wurde, in der von SA-Leuten „betrauten“ ehemaligen Militärarrestanstalt auf dem Tempelhofer Felde. Dieses Gefangenenhaus war als solches bis vor kurzem (vielleicht heute noch) nicht einmal der Berliner Polizei bekannt. Die internationalen humanitären Verbände haben die Pflicht — lenselns jeder politischen Stellungnahme zum Werke Kurt Hiller's —, alles zu versuchen, was auch nur zu einem Schimmer der Hoffnung auf die Befreiung Kurt Hiller's berechtigt.

General von Schönau

Ende März umzingelte Polizei Reinfeld in Holstein, das Gut des Generalmajors von Schönau, und schleppte den mehr als 60 Jahre alten Mann in das Gefängnis. Alle Bemühungen, Schönau aus der Haft zu befreien, sind bisher schlagelchlagen. Schönau, der ehemalige Soldat, wandelte sich zum Pazifisten. Durch die Schriften Friedrich Wilhelm Försters, mit dem ihn heute noch Freundschaft verbindet, kam er zur Deutschen Liga für Menschenrechte, dessen eifrigster Mitarbeiter er wurde.

Walter Tschuppik

Dieser angeechene Publizist tschechoslowakischer Staatsbürgerchaft wird seit vielen Monaten in Schutzhaft gehalten und der nackten Verzweiflung überantwortet, ohne bisher auch nur den Grund seiner Verhaftung erfahren zu haben und ohne vor ein ordentliches Gericht gestellt worden zu sein. Der Redakteur Walter Tschuppik aus Prag, jetzt in München, hat nichts getan, was nach geltenden Gesetzen zur Zeit der Tat strafbar gewesen wäre. Man hat ihm auch nicht eine zeitlich begrenzte Strafe auferlegt, sondern peinigt ihn

Gut vorgebildet

Oder: Wie wird man Rundfunkintendant?

Der bisherige leitmännliche Leiter des Norddeutschen Rundfunks, Direktor Gustav Gruppe, ist kommissarisch zum Intendanten der Norddeutschen Rundfunk-GmbH. ernannt worden.

Intendant Gruppe stammt aus Kopenhägg. Nach Besuch der Oberrealschule trat er 1914 von der Schule aus als Kriegsfreiwilliger ein und nahm bis 1918 am Kriege teil. Er wurde dann Bankbeamter und später Intendant am Thalia-Theater. Nachfolgte er sich als Nationalsozialist in den Dienst der Partelaufgaben; jetzt ist er Gauinspektor der Gauinspektion IV, Hamburg.

Notizen zur Zeit

Der Insel-Verlag hat die Schriften Martin Düberr's, mit denen er bis in Hitlers Zeiten gute Geschäfte machte, abgetoptet und dem rein jüdischen Schockenverlag Berlin überlassen.

Der Ideologe Friedrich Vogarten, der sich eine Zeitlang abseits hielt, gibt nun in einer eben erschienenen Schrift die erste ideologische begründete Deutung der These der Deutschen Christen.

Erich Czoch-Josberg veröffentlicht eine „Deutsche Geschichte nationalsozialistisch gesehen“. Der nationalsozialistische Erber stammt aus der Familie des berühmten tschechischen Dichters Sotopuf Cech. Das charakteristische Merkmal des Familiennamens hat er zu einem J aufgenommet.

Die Gleichheit vor dem Gesetz wird nun auch in der Theorie aufgehoben: Eine völkische Strafverfolgungslehre wird die Täter also nach ihrem Wert untercheiden, den sie nach dem Leistungsprinzip als Glied unseres Volkes für das Volk besitzen. Als härtestes Schicksal nach der Todesstrafe trifft den Täter die Ausstoßung aus unserer Volksgemeinschaft, die Verbanung“ (Prof. Dr. Oelrich Droh, Zeitschrift für Politik, 5.)

Tuberkulose gleichgeschaltet. Das Deutsche Zentral-Lomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose ist gleichgeschaltet worden. Es heißt nun „Reichs-Tuberkulose-Ausschuss“ und ist einem Ministerialbeamten Dr. Bartels-Berlin unterstellt.

Die Hinrichtung

„Das ist ja entsetzlich,“ sagte der als Hilfsbeamter bei der Staatsanwaltschaft tätige junge Affessor und strich mit nervös zitternder Hand über das aufgeblätterte Aktenstück. „Kümmerliche Indizien, nichts als kümmerliche Indizien. Und dazu diese Prozesstatmosphäre. Wissen Sie denn überhaupt, ob da nicht vier Unschuldige hingerichtet werden?“

„Sie scheinen schlechte Nerven zu haben, Herr Kollege,“ sagte der Oberstaatsanwalt Richter kühl und sah den grübelnden Affessor ein wenig belustigt an. „Sie passen wirklich schlecht in unsere Zeit. Sie sind unvorsichtig, mein lieber! Bei mir macht das ja nichts aus, aber hüten Sie sich vor Spiegeln. Da sitzt einer schneller in der Tinte, als er es je geträumt hat! Staatsräson, bester Affessor! Abschreckung des Untermenschentums!“

Was haben die armen Teufel schon zu verlieren? Ein paar Stempelgroshen. Und was sich nicht gleichschalten läßt, muß eben ausgerottet werden. Finde ich ganz in der Ordnung. Unserer hat es doch auch gekonnt.

Charakterproben kann sich nur ein Todeskandidat leisten! Machen Sie die Akten zu, Mensch, und kommen Sie in die Kantine. Wollen die Sache mit einem Cognac begradigen?“

„Doch!“ schrie eine vor Erregung heisere Stimme. Ein erstickter Schrei flatterte auf. Die Hinrichtungszeugen, die streng nach Vorschrift, in Zylinder und schwarzem Anzug angezogen waren, zuckten leise zusammen und sahen mit gequältem Gesichtsausdruck zur Seite. Ein Gurgeln zerbrach in der schauerlichen Oede des Gefängnis Hofes. „Der erste“, flüsterte derendant Ottmer und bog sich ein wenig zurück, als wollte er Luft schöpfen. „Diese Hitze frißt einem die Lunge weg!“

„Nicht schlapp machen“, meinte der Staatsanwalt gleichmütig, wobei er gelangweilt in die Sonne blinzelte, beim „zweiten“ geht es schon besser. Wir werden uns alle daran gewöhnen müssen!“

Der erste war mit geschlossenen Augen dem Henker unter das Beil gegangen; fast ohnmächtig, ein verendetes Menschen tier, so lag er bereits im Reich des Todes, als der Scharfrichter zum Schlage anholte.

Der zweite schrie, als wolle er die stumpf gewordene Welt mit der Blut seiner Todesangst zum Erwachen bringen. Die Zylinder der ehrbaren Zeugen zitterten, der Henker spuckte unwillig aus und der Staatsanwalt biß sich, von einer heißen Blutwelle, die von unten aufschob, jäh gepackt, auf die Lippen.

Den dritten schleppten sie an wie einen Sack; er war ein Bündel Zusammenbruch das der verordnete Nord mühelos auseinanderpalte.

Der vierte kam ruhig herbei, ein angespanntes Gesicht, voll Bewußtsein, voll menschlicher, opferbereiter Größe.

Wieder greift der Henker zum Beil. „Es lebe die Revolution!“ flammt es durch die Luft, ein Signal, eine Fanfare.

Die Stimme bricht durch den Dunst von Blut, Verzweiflung und Angstschweiß. Eine Stimme der Offenbarung, frei von Ketten, eine Stimme der kommenden Welt.

Und dann fällt das Beil.

In den rauchdunkigen Kneipen, in den Hasendestillen und Gladiolen saßen die Menschen zusammen und flüsterten.

„Wieder vier...“ murmelte ein Hasenarbeiter und zerbrach einen Köffel in der harten, verarbeiteten Hand. „Heute und morgen, und wie lange noch?“

„Wird alles beglichen, wird alles beglichen, Heil...“, sagte der Kollege und zog vier Kreidestriche über die bierfeuchte Tischplatte, „auch die vier...“

Schrick und abgehakt begann das elektrische Klavier mit der letzten staatsbefohlenen Walze:

„Die Strafe frei den braunen Bataillonen...“

Pierre.

„Die Liga des Todes“

In London wurde soeben „Die Liga des Todes“ gegründet. Das ist weder eine geheimnisvolle Bruderschaft noch der Sammelpunkt verbrecherischer Elemente. Unter diesem Namen finden sich vielmehr Krieger zusammen, die den Berühmtheiten des Films die Dagnisse halbdreherischer Kunststücke abnehmen. Den Stamm dieses merkwürdigen Verbandes der Filmakrobaten bilden fünf junge, verwegene und tollkühne Darsteller, die aus dem Spiel mit der Lebensgefahr einen Beruf gemacht haben. Sie führen die gefährlichsten Tricks aus, die von den Filmgrößen nie gewagt würden.

Der Vorsitzende der Liga ist Ned Ravanagh, der als Held des „Tri traci“ bekannt ist. Er ist der einzig Überlebende einer Truppe von sechs Akrobaten, die einer nach dem anderen bei ihren kühnen Schaukellungen den Tod gefunden haben. Seine Kollegen nennen ihn den „Noten Teufel“. Er hat oft genug den Tod herausgefordert und die Narben seines Körpers bewahren mehr als eine Erinnerung an lebensgefährliche Abenteuer. Vor etwa zwei Jahren stieg Ravanagh mit dem deutschen Flieger Miller zu einem Kunstflug auf. Dabei stürzte der Apparat zu Boden. Während Miller den Sturz mit dem Leben bezahlte, kam Ravanagh mit fünf gebrochenen Rippen davon.

Zur Zeit bereitet der „Noten Teufel“ eine neue Variante vor. Er will von dem Verdeck eines Automobils auf den Flügel eines in geringer Höhe schwebenden Flugzeuges überspringen und, während sich die Maschine in die Höhe schraubt, Akrobatenkunststücke vorführen.

In der „Liga des Todes“ ist noch Dingdam, die „Schwinge“, der in den Kreislern von Hollywood berühmt wurde. Er ist stets bereit, auch das gefährlichste Dagnis auf sich zu nehmen, vorausgesetzt, daß es sich in der Luft abspielt. Der Dritte im Bunde, Roy Sherman, beschränkt sich auf Automobil- und Motorradkatastrophen. Mit heiler Haut aus aufregenden und gefährlichen Zusammenstößen dononzukommen, ist sein Beruf. Spezialisiert hat er sich auf Zusammenstöße zwischen Pferde- und Ochsenfuhrwerken mit Eisenbahnzügen. Long Longinotto hat sich als Spezialist für Abstürze einen Namen gemacht. Der Sturz aus dem Flugzeug, Stürze von Stuhl und Tisch sind ihm sozusagen Lebensbedürfnis. Das fünfte Mitglied dieses seltsamen Bundes endlich ist Pepper Fletcher, ein Zirkusartist, der auch als Filmdarsteller seiner Kunst treu geblieben ist und zu Pferde die kühnen Bravourstücke vollführt. Er ist ein begehrter Darsteller bei Aufnahmen.

Der berühmte Zeitungssammler

In Paris starb hochbetagt Henri Gibell, ein Mann, der als Sammler von Erst-Nummern von Zeitungen und Zeitschriften bekannt war und dafür ein Vermögen opferte. Gibell hat nicht nur neu erscheinende Zeitungen gesammelt, sondern auch die Nummer 1 von Zeitungen besessen, die vor 50, 60, ja 100 Jahren gegründet wurden. Seine Sammlung umfaßte nicht weniger als 2742 „erste Nummern“. Pariser, Londoner, Berliner, Wiener, Budapester, Belarader, New Yorker Blätter sind ebenso vertreten, wie Blätter der Schweiz, Polens, Rußlands, Chinas, Japans. 16 arabische Zeitungsnummern 1 sind sicher eine Kuriosität. Gibell war vor 30 Jahren Reporter einer amerikanischen Provinzzeitung. In seiner Heimatstadt Paris eröffnete er dann ein Inseratenbüro. Seit acht Jahren lebte er als Rentier.

Die Schule

Die Lehrerin erkundigt sich am zweiten Schultag: „Na, Karl, wie gefällts dir denn in der Schule?“ — „Ganz gut, Fräulein, aber man verpaßt sich halt den ganzen Vormittag damit!“

Der Herr Katechet hat mit salbungsvollen Worten die Herrlichkeit des Himmels geschildert und fragt nun die Klasse: „Wer von euch will also in den Himmel kommen?“ — „Alle melden sich, bis auf den kleinen Gustl.“ — „Aber Gustl, warum willst du denn nicht in den Himmel?“ — „Weil mir meine Mutter befohlen hat, nach der Schule gleich nach Hause zu kommen!“

Lehrer: „Wenn ich sage: „Ich habe fortgegangen,“ so ist das falsch. Und warum, Berglhuber?“ — „Weil Sie ja noch da sind, Herr Lehrer.“

Nur Eigenschaftswörter können gesteigert werden,“ sagt der Lehrer. „Zum Beispiel: schön, schöner, am schönsten.“ — Da meldet sich der Pepi Bogelsinger stürmisch: „Bitte, Herr Lehrer, auch Zahlwörter kann man steigern!“ — „Zahlwörter? Nein, das kann man nicht!“ — „O ja, bitte zum Beispiel: drei, dreier, a m d r e i h i a f t e n.“

In der Schule wird eine Weihnachtsfeier vorbereitet. Der Gesanglehrer probt mit den Kindern: „Die erste Strophe des Liedes singt der Chor ganz allein; bei der zweiten muß dann die ganze Schule einfallen.“

In der Religionskunde: „Run Kinder, was müssen wir tun, bevor uns vergeben werden kann?“ — „Wir müssen zunächst sündigen!“

„Was sind Nomaden, Eilfriebe?“ — „Nomaden sind Leute, die sich nur kurze Zeit an einem gewissen Ort aufhalten.“

„Du bist unglaublich oberflächlich,“ schimpft die Frau Lehrerin mit der kleinen Paula, „ich kenne niemand, bei dem die Oberflächlichkeit so tief sitzt, wie bei dir!“

Die Bedeutung der Sprichwörter wird erläutert. Der Lehrer fragt den Huber: „Kannst du mir ein Beispiel dafür nennen, daß Ehrlichkeit am längsten währt?“ — „Ja, Herr Lehrer. Wenn ich die Rechenaufgabe abschreibe, bin ich in ein paar Minuten fertig; wenn ich sie aber allein mache, da u e r t e s v i e l l ä n g e r!“

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILEONE

Was mich betrifft, so versuchte ich mich Generale Baldissera zu nähern; er galt als der Gebildetste unter uns, weil er in seiner Jugend in Neapel gewesen war. Ich wollte mich von ihm über die richtige Antwort belehren lassen, aber er lächelte mich nur mitteilidig an, wie einer, der alles weiß, aber es nicht verraten will.

„Wer soll leben?“ fragte ihn der Mann des Gesetzes.

Der alte Schuster läutete den Hut und schrie:

„Es lebe die Königin Margherita!“

Die Wirkung war ganz anders, als Baldissera sie erwartet hatte. Die Soldaten brachen in ein schallendes Gelächter aus und das Männchen belehrte ihn:

„Die ist tot... Königin Margherita ist tot.“

„Ist gestorben?“ fragte Baldissera entsetzt. „Nicht möglich!“

„Schreib Verfassungstreuer,“ sagte der Kleine zum schönen Philippo.

Baldissera zog sich, über diese Häufung unerklärlicher Ereignisse den Kopf schüttelnd, zurück. Auf ihn folgte Antonio Jappa, der von Berardo beeinflusst, „Nieder mit den Dieben!“ schrie, damit aber den allgemeinen Widerspruch der Schwarzhemden hervorrief.

„Schreib Anarchist,“ bedeutete der Dicke dem Schönen.

Jappa ging und Antonio Spaventa kam.

„Nieder mit den Bogabunden!“ und löste damit unter den Schwarzhemden ein wildes Geseul aus. Und auch er erhielt den Stempel „Anarchist“.

„Wer soll leben?“ fragte der Dicke Luigi della Croce.

Aber auch er war Berardo-Schüler und konnte nicht „es lebe“ sagen, sondern nur „nieder“. Daher antwortete er:

„Nieder mit den Steuern!“

Und diesmal protestierten selbst die Faschisten nicht. Auch della Croce wurde zum „Anarchisten“ gehempelt. Größeren Eindruck machte Raffaele Scarpone, der dem Vertreter des Gesetzes fast in die Presse schrie:

„Nieder, dein Lohngeber!“

Das Männchen wollte ihn sofort festnehmen lassen, aber Raffaele war klug genug gewesen, erst zu sprechen, nachdem er dem Biered entronnen war. Er verschwand mit zwei Sprüngen hinter der Kirche. Niemand sah ihn wieder.

Mit Jacobo Rosardo begann die Reihe der Vorsichtigen von neuem:

„Alle sollen leben!“ schrie er und es war schwer, sich eine weitere Antwort vorzustellen. Aber auch sie gefiel nicht.

„Schreib,“ sagte der Kleine zum Gehilfen, „Liberaler!“

„Es lebe die Regierung,“ schrie Giovanni Oliva in bester Absicht.

„Welche Regierung?“ fragte Philippo der Schöne.

Oliva hatte niemals gewußt, daß verschiedene Regierungen existierten. Aber aus Höflichkeit rief er:

„Die legitime Regierung.“

„Schreib „Gauener,“ wandte sich der Kleine um.

Pontius Pilatus wollte ganz schlau sein und als er drankam, schrie auch er:

„Es lebe die Regierung!“

„Welche Regierung denn?“ fragte Philippo.

„Die illegitime Regierung.“

„Schreib,“ diktierte der Dickhäutige, „Tangeni.“

So war es niemand bisher gelungen, etwas Befriedigendes zu finden. Nach und nach wurde für uns, die wir noch gepreßt werden sollten, beim Anwachsen der abgelehnten Antworten die Auswahl immer kleiner. Aber die einzig entscheidende, völlig ungelöste Frage war, ob man bei einer falschen Antwort etwas zahlen müsse. Nur Berardo bewies, daß ihn das nicht belästigte und er fuhr fort, seine jungen Freunde im Sinne des „Abasso“ und nicht des „Cuviva“ zu beeinflussen.

„Nieder mit den Banken,“ schrie Venerdi Santo.

„Welche Bank?“ fragte Philippo.

„Es gibt nur eine und die gibt ausschließlich dem Impresario Geld,“ antwortete Venerdi, der mit der Bank gut Bescheid wußte.

„Schreib Kommunist.“

Als Kommunist wurde auch Gasparone bezeichnet, weil er antwortete:

„Nieder mit Torlonia!“

Paulummo dagegen galt als „Sozialist“ für die Antwort: „Doch die Armen!“

Während dieser letzten Fragen und Antworten war am andern Ende des Platzes Maria Vincenza, Berardos Großmutter erschienen, die wir kurz vorher bei Maria Grazia hatten eintreten sehen.

„Berardo? Wo ist Berardo?“ schrie die Alte. „Was diese Halunken in unseren Häusern getrieben haben!“

... Was sie unsern Frauen angetan haben!... Und die Männer? Wo bleiben denn die Männer? Berardo...“

Berardo begriff sofort, oder tat wenigstens so und stand mit einem Satz neben dem lech schlatternden Philippo. Er packte ihn beim Kragen und fragte:

„Wo ist Elvira? ... Was hast du mit Elvira gemacht?“

Die alte Maria Vincenza war inzwischen bis zur Kirchenschwelle gelangt und jammernte, jetzt auf den Knien, von neuem:

„Madonna, beschirme uns, hilf uns, rette uns...“

Sie war mit ihrem Flehen noch nicht fertig, als ein Ton der großen Glocke die Augen aller auf den Turm lenkte. Dort gewahrten wir etwas, wie den Schatten einer Gestalt, einer hohen Frau.

Benommen hielten wir den Atem an. Die Biffen verschwanden.

„Die Madonna! Die Madonna!“ schrie Philippo der Schöne entsetzt auf.

„Die Madonna!“ begannen die andern zu wiederholen. Das Biered löste sich auf. Die Schwarzhemden rannten fluchtartig zu ihren Kamions am Ausgang des Dorfes.

Wir hörten von Ferne das Rattern der Motore.

Dann sahen wir die Autos mit ihren Scheinwerfern in großer Geschwindigkeit den Hügel hinunterfahren. Es gelang uns nicht, ihre Zahl festzustellen. Es war eine endlose Kette.

Am Fuß des Hügels aber, in der letzten Kurve vor der Hauptstraße, blieben sie mit einem Ruck stehen.

Es dauerte eine gute halbe Stunde.

„Warum haben sie Halt gemacht? ... Wollen sie am Ende umkehren?“ fragte ich Berardo.

„Maffaele Scarpone weiß, warum sie nicht weiterfahren,“ antwortete er lächelnd.

Als die Autos endlich fortratterten, war es tiefe Nacht geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Brief vom Hunsrück

Der Hunsrück war seit langen Jahren ein außerordentlich gutes Rekrutierungsgebiet für die Nazis. Die armlischen Verhältnisse, die nur noch mit denen im schlesischen und sächsischen Erzgebirge vergleichbar sind, machten die Agitation leicht, die angehungerten Menschen wurden leicht das Opfer jeder „Heilsbotschaft“. Es ist deshalb nicht uninteressant, zu erfahren, wie nach einigen Monaten Naziherrschaft die Wirkung der „praktischen Bauern- und Bürgerhilfe“ in den Kreisen der Hoffnungslosen beurteilt wird:

Die Kleinbauern

Die erwartete Preissteigerung bei den hauptsächlichsten Erzeugnissen ist ausgeblieben. Hafer, der voriges Jahr noch mit 8 RM. und 9 RM. verkauft werden konnte, wird dieses Jahr bei einer guten Durchschnittsernte mit 5 RM. gehandelt. Die Kartoffelernte ist schlecht, der Preis auf der Basis des vorjährigen geblieben. Für Milchprodukte ist kaum noch ein Absatz zu finden. Die seitherigen Abnehmer, Arbeiter und kleiner Mittelstand, sind nicht mehr imstande, die Preise zu zahlen. Die Viehpreise sind so gedrückt, wie nie vorher. Das Pfund Schweinefleisch Lebendgewicht wird jetzt mit 8 Pfennig bezahlt, der Normalpreis bewegte sich stets zwischen 56 und 60 Pfennig. Unter diesen Umständen ist die Begeisterung gewichen. Die Meinung der Bauern ist: Wir gehen mit Sang und Klang unter! Die Arme wollen beim Hitlergruß nicht mehr recht in die Höhe. Trotzdem ist natürlich an eine irgendwie geartete offene Protestaktion nicht zu denken. Es wagt keiner etwas zu sagen, weil man Demagogie und Behördendruck fürchtet. An einigen Stellen versuchen die katholischen Geistlichen — meistens junge Kaplanen — die renitenten Elemente zu sammeln und in vorsichtiger Weise zu beeinflussen. Größere Wirkungen sind jedoch von diesen örtlichen Unternehmungen nicht zu erwarten.

Die Kleinbürger

Die Stimmung wird am besten gekennzeichnet durch die Bemerkung eines Bäckermeisters: „Es wird immer schlechter. Was sollen die armen Leute bloß machen? Ich lebe das wohl am besten und lebe, wie die Verelendung immer größer wird. Familien mit einigen Kindern, die seither die Woche noch vier und fünf schweißgärende Brote holen kamen, haben jetzt nur noch Mittel für zwei, höchstens drei. Die Kinder leben entsetzlich verhungert aus. Und was soll denn aus uns werden? Wir sind doch abhängig von dem Verbrauch der kleinen Leute. Ich muß, wenn es nicht schnell besser wird, in einigen Wochen die Hude zumachen.“ Ähnlich reden sie alle, die Bäcker, die Metzger, die Krämer, die Wirte. Namentlich die Wirte, deren Umsatz in erschreckendem Umfang zurückgegangen ist.

Die Arbeiter

Fast restlose Jugendlosigkeit zur NSD. Auch der Hunsrück ist fast frei von Arbeitslosigkeit, frei nach ökonomischem Misser. Man kann sagen, in jedem Falle wird der Arbeitslose unter Druck zur Arbeit gezwungen, wobei keinerlei Rücksicht auf Verdienst und Verpflichtung genommen wird. Die Verheirateten mühten in der Erntezeit Arbeit bei den Bauern anzunehmen, das Arbeitsamt zahlte die Unterhaltung weiter, der Bauer liefert die Verpflegung, allerdings nur für den Arbeitenden, nicht für die Familie. Wer sich weigerte, wurde aus der Unternehmung ausgeschlossen. Die Unverheirateten wurden aus der Unternehmung gebracht und den Bauern zur Arbeitsleistung überwiesen. Eine Verpflichtung zu Barlohnzahlung bestand nicht; in den meisten Fällen wurde nur Bewahrung und Verpflegung gewährt. Gegenwärtig befindet sich auf dem ganzen Hunsrück wohl kaum noch ein lediger Mann in der Unternehmung. Verdienstmöglichkeiten bestehen nicht. Bettel und Felddiebstahl haben einen niegeahnten Umfang angenommen. Die Stimmung ist gedrückt. Hier und da wagt man wieder ein offenes Wort. Widerstandswille besteht aber noch nicht.

Die Jugend

Nach wie vor Hitler und Uniform begeistert. Traudelmächtige Anzeichen für einen Umschwung oder eine Umkehr lassen sich nicht feststellen.

„Eigentum bewiesen“

„Denen, die behaupteten, Eigentum sei Diebstahl, haben wir die Notwendigkeit des Eigentums bewiesen.“ So Göbbels im Sportpalast.

Allerdings, nur auf einem seltsamen Wege: indem man den Sozialdemokraten, Kommunisten, Arbeiterparteiern, Freidenkern usw. ihr Eigentum — gestohlen hat!

Die werden nun aber von der Heiligkeit des Eigentums überzeugt sein!

Pariser Spaziergang

Rohre Meerschweinchen und zarte Märchen

Nach unserem teuren Schwam, dem lächelnden Dichter der Ironie, ist die Klasse der Angeklachten nicht durch die Generationen von Mischelben seit Wilhelm dem Eroberer, sondern durch das Klima entstanden. Andere führen die erblichen Eigenschaften dagegen auf den Großvater zurück. Natürlich gibt es auch so etwas wie Schicksal und Blut; Herr von Moro-Glaeser, der berühmte Anwalt aus Korffka, hat zum Beispiel neulich, gegen Hitler gewandt, ausgerufen, daß er einer Rasse entstammt, die ihre Toten räche. Damit hat er auch viel Beifall bei den Juden gefunden. Soweit in Ordnung; der Hauptunterschied zwischen den Völkern liegt aber doch nicht bei dem Großvater, sondern bei der Muttersprache und der — mütterlichen Küche.

Die Monate ohne A (das gibt's bei Deutschen wie Franzosen) sind vorbei, und in Paris liegen Langusten, Schildkröten, Muscheln und Austern auf den Tischen. Die Austern sind hier wahrhaft köstlich fürs Volk, das ganze Duzend kostet bloß 4 Fr. oder noch weniger und wird eifrig geknackt. Es gibt auch die berühmten Weinbergskneben und dazu, nicht zu vergessen, die Weinermie. In den „Quetches“ aus dem Elsaß und den saftigen Früchten aus dem Süden gestellen sich, neuerdings sehr in Mode, die blauen ungedörrten Feigen, eine Hauptfreude der Engländer. Die Franzosen halten sich mehr an die Meeresschweinchen, die roh gegessen werden.

Wer an diesen pikanten Dingen Anstoß nimmt, lese ein Männerwort in Hitlers Hauptblatt. Da steht drin, daß das Sprichwort „Wie die Schnecke in der Butter“ noch heute in Deutschland verbreitet ist, womit der Beweis erbracht wurde, daß unsere Vorfahren, Luther und Florian Geyer usw., Schnecken aßen. Wahrscheinlich stand sich das deutsche Volk dabei sogar besser, als heute unter den Bismarck-Derlingen und Hitler-Mudeln.

Aber, wird jemand entsetzt fragen, kann es etwas Un-deutscheres geben als rohe Meeresschweinchen? Liebe Leute, beruhigt Euch, kann es etwas Deutscheres geben als die alten Märchen, die jetzt zur Dämmerstunde in den Dörfern erzählt werden? Aber so schön und manchmal grausam sie

Eintopfgericht — mehr nicht!



Jetzt ist die große, befreiende Tat endlich vollbracht, denn einzig der Kartoffelsalat gibt dem totalen, dem neudeutschen Staat Ruhe'n und Macht.

Alle vier Wochen läßt jeder Verzichts, das walte Gott! Selbst Thyssens essen des Mittags ganz schlicht ein gleichgeschaltetes Eintopfgericht ohne Kompott.

Nach Göring hungert, der arme Tropf und spart sein Geld — Bierzig Zimmer nur ein Topf. Ganz Deutschland steht vor Begeisterung Kopf: seht, welch ein Held!

Am Abend ist alles wieder wie's war, wer hat, der hat, wer nichts hat, gilt als rote Gefahr, doch das Erlebnis war wunderbar. Hunger macht laßt. Munin.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Darum wollen wir den Kaviarherr Göbbels' und das Himbeereis aus einem Topf iressen! Heil Goebbels!“

Schande deutscher Richter

Wer die Wahrheit sagt, wird eingesperrt

Der nachstehende „Grenelbericht“ entstammt dem nationalsozialistischen „Weidentischen Beobachter“ in Köln vom 28. September. Wir drucken ihn ohne jede Ergänzung, ohne jeden Kommentar ab. Er ist kennzeichnend für die Rechtsbegriffe in Deutschland.

In Eßendorf, Kreis Erfelden, war der 24jährige Korbmacher Heinrich Wiesen als üblicher Kommunistenhauptling bekannt. Wegen verbotenen Waffenbesitzes wurde er in Schutzhaft genommen und in die Jülicher Zitadelle eingeliefert, wo man aus dem Stromer rein überlich wieder einen einigermahen anständigen Menschen machte und den Halbverhungerten auch wieder langsam zurechtfütterte. Als er dann nach seiner Entlassung nach kurzer Zeit wiederum eingeliefert und demwegen zur Rede gestellt wurde, benahm er sich recht fleghalt, was ihm seitens des Sturmführers der SA eine kurze Abreibung eintrug. Hatte sich doch gerade der Sturmführer bei der früheren Inhaftnahme des Schütlings besonders angenommen und war er darum um so mehr erbot, daß dieser nun schon wieder erschien und auch noch obendrein freche Redensarten führte. Als dann der Häftling nach kurzer Zeit wieder entlassen wurde, ging er in die Wohnung der 24jährigen Ehefrau Ida Zwagastra in Eßendorf, mit der er ein Verhältnis unterhielt und erzählte ihr, daß er in der Zitadelle in der mäßigsten Weise mißhandelt worden sei. Ohne jede Veranlassung sei er ins Gefängnis gekommen, und außerdem habe man ihn noch gegen den Willen geirret. Trotzdem aber der Arzt tagtäglich die Zitadelle für die Häftlinge aufsuchte, hatte sich der angeblich Mißhandelte während seiner Haftdauer niemals bei dem Arzt gemeldet und auch nach seiner Entlassung keinen Arzt aufgesucht. Das hielt ihn aber nicht ab, sich als zu den zu Unrecht Verurteilten hinzustellen, was seine Pflicht dann zum Anlaß nahm, dieses Märchen weiter zu kolportieren.

Deswegen fanden beide jetzt vor dem Sondergericht. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß der Angeklagte die erhaltene Abreibung in der größtmöglichen Weise übertrieben und einseitig hatte. Festgestellt wurde auch, daß er durch sein freches und herausforderndes Benehmen die alleinige Schuld daran trug, daß ihm ein paar überzogene worden waren.

Gegen ihn beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten und gegen die Angeklagte nur 3 Monate, weil sie aus Schwachheit nur mehr grob schlafläßig gehandelt hatte.

Unter Berücksichtigung der besondern Umstände hat Rechtsanwalt Dr. Steiner um eine weit mildere Befreiung, was auch insofern Erfolg hatte, daß das Gericht gegen den Angeklagten nur eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis festsetzte und gegen die Angeklagte auf nur 2 Wochen Gefängnis erkannte.

Der arme Levy

Was hätte er anders tun sollen?

Unter der Überschrift „Lügen über Dranienburg“ meldet die SA-Ährige Presse:

In einem kürzlich von der „Times“ veröffentlichten Aufsatz über das Konzentrationslager Dranienburg war u. a. von angeblichen Mißhandlungen die Rede gewesen. Dr. Ludwig Levy, der in dem Aufsatz namentlich erwähnt worden war, stellt heute in einem Brief fest, daß er während der ganzen Dauer seiner Inhaftierung vom 26. 6. bis 25. 7. d. J. niemals eine Mißhandlung von politischer Gefangen beobachtet habe, daß er selbst niemals im mindesten mißhandelt worden sei und daß ihm selbst niemals ein Verhör oder der Empfang von Besuch verweigert worden wäre. Die Behandlung sei im Gegenteil durchaus gut und sogar höflich gewesen.

Man stelle sich vor, was mit dem armen Herrn Levy passiert wäre, wenn er die Wahrheit gesagt hätte.

Die deutsche Lügenpresse weiß natürlich nichts davon, daß Tausende Mißhandelte schriftlich bestätigen konnten, es sei ihnen nichts geschehen, ehe sie nach den Folterungen aus den Braunen Häusern entlassen wurden. Zahlreiche Mißhandelte wurden verurteilt oder an ihrem Vermögen geschädigt, oder an ihren Verwandten wurde Raube genommen, wenn sie wahrheitsgemäß erzählten, was ihnen geschehen ist.

Groß ist auch die Zahl derjenigen, die wegen Verbreitung von Grenelnachrichten verurteilt wurden, nur weil sie die Wahrheit über gewisse „Mischelbenfälle“ weitergegeben hatten.

Immer wieder erreichen uns briefliche und mündliche Bitten von Angehörigen, wir möchten nichts mehr über Konzentrationslager veröffentlichen, da dafür an den Häftlingen Raube genommen werde.

sind, sie sind doch nicht deutschen, sondern keltischen Ursprungs; Aichenbrödel und der kleine Däumling, Rotkäppchen und Schneewittchen, und sogar das Dornröschen, das der Prinz erweckt. Sie alle sind erst deutsch geworden durch die Brüder Grimm und durch die beste deutsche Eigenschaft, die es gibt: die Kulturvermittlung.

Französische und deutsche Feste

Der Städtebauer Hansmann (Sprich: O—mann) ist der Elässer, der in Paris die gewaltigen Boulevards durchgebrochen hat. Auf dem ihm zu Ehren genannten breiten Straßenzuge in der Nähe der Oper ist gegenwärtig Herbstmarkt, die sogenannte Outing, mit Volksrednern, Wurst und Kuchen, und man kann dort wirklich das französische Volksleben anders kennen lernen als in Göbbelsbuden Zeitartikeln. Man mühte überhaupt mal einen Vergleich der deutschen Nummertage mit den französischen Märkten, den Straßen-Athleten, den Spahmachern, den Hoffingern schreiben. Auch ein Vergleich des französischen Gitanol-Theaters, in dem die Kinder „Le volla“ schießen, mit dem deutschen Kaisertheater, in dem man die Kinder zum Beten für Hitler abrichtet, ist ganz interessant.

Unter den neueren deutschen Nummertagen aber verbirgt sich nicht etwa eine alte Volkskultur, sondern neuer, höherer Massen-Mechanismus. Das „Fest des deutschen Bauern“ hat nichts mit dem alten Erntedankfest und dem volkstümlichen „Weizenbad“ zu tun, sondern ist eine Renaissancie der Agrarier-Kumfische zum Bieris Busch und der grünen Woche mit der üblichen Friedlichstrahlen-Bekanntheit. Der Rärnberger Hauptkultort war nichts als eines der üblichen Bratenfeste mit Bundeschießen oder Kriegervereinen, und mit Recht wurde dort der seltsame Sedanstag, an dem sich vorwärts der Paufer in Reservistenuniform besoff und alte Bratenröcke einen ausgaben, zum Feiertag erhoben. Jetzt fehlt nur noch die Kaisers-Geburtsstags-Feyer, das Ordenskapitel und der Preisball, dann ist das erste Programm des Bierjahresplans erfüllt.

Der Emigrantengarten

Im halben, lobenden Herbst vor den Toren von Paris hängen milde hobe Tomatenbüsche vor einer Mauer. Ein Stück Wind und Landschaft weht herein, der Abend flamm

um die Silhouette des Gaswerks, Kinder spielen das Herbstspiel von der „Älterhöfchen“:

C'est la reine

La plus belle,

und die Mädchen-Stimmen glitzern wie Vogel-Laute in der kühleren Luft.

Hinter dem Tor im Gemüsegarten steht ein harter Keel einen Spaten in die hochgewählten Stauden. Das ist ein früherer „Grüner“, der hier die Saat pflanzt und nicht bloß diese — auch eine andere, die seitens der Vögeln aufsteht. Neben ihm geht ein Kuhstumpel, eine alte Reichsbanner-Ordonnaus, mit der Schanzel mächtig unter Tag. Ein verflorenen bayerischer Kirsorger schmeißt mit Herrgottskrament das Unkraut in die Erde. Der rheinische Haussoch, ein weiterer Illegaler, mit den starken Krüssen eines Maschinenschlossers, brüht gleichgeschaltete Erbsensuppe in der Küche. Der fünfte im Bunde, ein leibhaftiger Philosoph-Doktor und Sprachen-Gelehrter, ist ausgelassen. Wahrscheinlich will er neuen Proviant holen. Vielleicht macht er einen Besuch beim Schutzpatron Anatole France, dessen „Revolution der Engel“ mit dem im Garten die Blöde blöfenden Rectaire viel Ähnlichkeit mit diesem Garten der Vertriebenen hat.

Dies ist das Märchenhaus mit Zitelen, Getüfel, Gasfronen und Badewannen, das ein üblicher allgemeiner Vohltäter, angebohrt von unserem trefflichen Freunde im Internationalen Gewerkschaftsbund, den Deutschen Sozialisten als Verwaltungshaus gegeben hat. Wahrscheinlich in der Nähe soll auch das neue Mateotti-Lager von Mischlingen besogen werden. Ueber den leeren Weinstöcken im früheren Keller des Herrn Gaudirektors hängen sich schon die Stühle im Arbeitsraum, mit vierzig Zeitungen, die unter Kreuzband ankommen. Im Speisesaal liegt offen das Wirtschaftsbuch, damit in der neuen Genossenschaft, die den „mit Trumpf und Stiel ausserrotteten“ Sozialismus mindestens mit Still wieder einführen will, keine Bonzenwirtschaft entsteht. Hoffentlich ist es nun auch bald so weit, daß das neue Mateotti-Lager mit Dafen, Herd und warmen Betten besogen werden kann, damit so mancher schwergeprüfte Mischling das hier immerhin aus Weizen bestehende Brot der Verbannung essen kann. Baptiste.

Der Journalistenkonflikt mit Rußland

Eine deutsche Note — Und Litwinows Antwort

Berlin, 30. September 1933.

Das Auswärtige Amt hat an die Botschaft der UdSSR in Berlin eine Verbalnote gerichtet, in der die Behandlung der sowjetrussischen Journalisten und ihre Verhaftung darauf zurückgeführt wird, daß kommunistische und sozialistische Pressevertreter zum Reichstagsbrandprozeß nicht zugelassen werden. Dem Botschafter der Sowjetunion sei dieses bereits am 20. bekanntgegeben worden und dieser habe gegen die Nichtzulassung Protest erhoben. Herrn Belpalo und Frau Keith, den beiden verhafteten und ausgewiesenen Journalisten, wird unterstellt, daß sie von der Tatsache der Nichtzulassung unterrichtet gewesen seien und sie ständen unter dem Verdacht, auf „ungefährlichem Wege“ die Teilnahme am Reichstagsbrandprozeß erreichen zu wollen. Mit ihrer Berichterstattung ist man auch unzufrieden. Sie hätten den Tatbestand der Beweisaufnahme entstellt wiedergegeben. Das habe zu ihrer Festnahme geführt, aber nach einigen Stunden sei sie wieder freigelassen worden. Der Polizeipräsident von Leipzig ebenso wie die Reichsregierung hätten ihr Bedauern ausgesprochen. Eingehende Ermittlungen seien eingeleitet, von deren Ergebnis dem Botschafter der Sowjetunion Mitteilung gemacht werde. Die Verbalnote sucht dann die Behandlung der beiden russischen Journalisten damit zu begründen, daß auch die deutschen Berichtserfasser in der Sowjetunion kein freies Bewegtungsrecht hätten. Die bereits seit Monaten in Aussicht gestellte Absberufung der Frau Keith sei auch nicht erfolgt. Zum Schluß heißt es in dieser Meldung:

„Auf Grund dieses ganzen Sachverhaltes vermag das Auswärtige Amt eine Berechtigung für die von der Regierung der UdSSR getrossene Maßnahme nicht anzuerkennen. Die Repressalie gegen die deutschen Pressevertreter in Moskau kann keine Begründung finden in einem Vorfall, für den die Berliner Sowjetkorrespondenten selbst die Verantwortung tragen. Die Ausweisung der deutschen Pressevertreter aus der Sowjetunion ist auch aus pressopolitischen Gründen gänzlich unverständlich und stellt für die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder eine schwere Belastung dar, für die die Regierung der UdSSR die alleinige Verantwortung trägt.“

Litwinows Antwort

Moskau, 30. September. (Infa.)

Der deutsche Geschäftsträger in Moskau hat der Sowjetregierung eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung gegen die Ausweisung der deutschen Journalisten aus dem

Gebiet der Sowjetunion protestiert. In der Antwortnote des Volkskommissars des Äußeren, Litwinoff, die dem deutschen Geschäftsträger zugeht, heißt es, daß

„die Maßnahme, die zu der deutschen Note Veranlassung gegeben hat, durch die systematische Verfolgung der Sowjetpressevertreter und eine ganze Reihe verletzender Handlungen seitens der deutschen Behörden hervorgerufen wurde. Diese Handlungen schufen für die Sowjetjournalisten in Deutschland ein besonderes Regime und besondere Verhältnisse, womit ihnen die Möglichkeit genommen wurde, ihre Funktionen auszuüben.“

Litwinoff zählt dann die lange Reihe unbegründeter Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Schmähungen auf, denen die Sowjetjournalisten in Deutschland ausgesetzt waren. Die deutschen Behörden, heißt es weiter,

haben bereits seit März den Weg der unterschiedlichen Behandlung der Pressevertreter der Sowjetunion einerseits und der Journalisten der übrigen Länder andererseits, betreten, indem sie den sowjetrussischen Journalisten den Zutritt zur Reichstagsöffnung unterlagerten. Diese unterschiedliche Behandlung äußerte sich auch in der Nichtzulassung der Sowjetjournalisten zum Leipziger Prozeß, der von großer gesellschaftlicher Bedeutung und für die Sowjetunion zumindest nicht weniger interessant ist als für andere Länder. Wegen dieser herabsetzende unterschiedliche Behandlung, wie auch gegen andere feindselige Handlungen gegenüber den Sowjetpressevertretern habe die Sowjetbotschaft in Berlin zahlreiche Proteste eingelegt. Das deutsche Außenministerium versprach zwar, Maßnahmen zu treffen, die Zwischenfälle beizulegen. Nichtsdestoweniger wurden diese Handlungen nicht nur nicht eingestakt, sondern nahmen immer verletzendere Formen an, wobei der Sowjetregierung kein einziger Fall bekannt wurde, in dem schuldige Personen oder Behörden wegen „Undiszipliniertheit“, auf die sich das deutsche Außenministerium in solchen Fällen immer zu berufen pflegte, irgend wie bestraft wurden.

Was Ihre Hinweise auf bestehende sowjetrussisch-deutsche Abkommen anbelangt — heißt es in der Note der Sowjetregierung — so dürfen, wenn die oben aufgezählten Handlungen deutscher Behörden mit diesem Abkommen vereinbar sind, auch die notgedrungenen Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung nicht etwa als ihnen zuwiderlaufend gelten.

Die Note hebt ferner noch hervor, daß die Maßnahmen der Sowjetregierung durch Handlungen deutscher Regie-

tungsbehörden aufgezungen worden sind, denen die volle Verantwortung für die geschaffene Lage zufällt.

Aus dem Notenwechsel ist ersichtlich, daß der deutsch-russische Konflikt um die Journalistenausweisung weitere Kreise zu ziehen beginnt. Beide Regierungen schieben sich gegenseitig Schuld und Verantwortung zu. Hitler-Deutschland läßt russische Journalisten nicht zu, die ihm un bequem werden. Sowjetrußland läßt derartige Pressevertreter erst gar nicht herein. Noch niemals hat ein sozialdemokratischer Publizist die Einreiseerlaubnis für Sowjetrußland erhalten. Kurz, es steht hüben wie drüben in diesem Notenwechsel ein Pharisäertum.

BRIEFKASTEN

Katholik Vocarno. Sie sind keineswegs der einzige Katholik, der uns durch Beifall ermuntert. Daß Ihnen nicht alles an unserem Blatte gefällt, begreifen wir. Aber gefallen Ihnen die gleichgeschalteten katholischen Zeitungen? Die sind bestimmt unchristlicher als wir. Wir werden uns auch in Zukunft Mühe geben, ernste christliche Menschen nicht zu verlezen.

Vondon — Reichsgericht. Ueber den „Gegenprozeß“ und zum Leipziger Prozeß sind uns sehr viele Aufsätze, Klößen und Gedichte zugegangen. Wir danken allen Verfassern, können aber natürlich nur einige der Beiträge verwenden.

Rue de Vauquenne. Sie sind der Meinung, daß in unserem ersten Bericht über den Leipziger Prozeß zwei Komma gefehlt haben. Es ergänzt, würde die Stelle lauten: „Senatspräsident Büniger erklärt darauf: Ich stelle gegenüber Nachrichten, daß die Erklärung des Angeklagten künstlich herbeigeführt worden sei, unter einem gewissen Zwang, fest, daß nach den eigenen Erklärungen des Angeklagten dies nicht der Fall ist, sondern daß es sich um eine freie Erklärung des Angeklagten handelt, der geigt hat, er wolle überhaupt nicht verurteilt sein.“

Adressen von Emigranten geben wir grundsätzlich nur bekannt, wenn wir den Antragenden als vertrauenswürdig kennen. In den meisten Fällen wäre aber die Auskunft auch schon deshalb unmöglich, weil wir die Adresse nicht wissen.

November-Reisen nach Moskau. Wie alljährlich, lassen die sowjetrussischen Fremdenverkehrsbehörden auch diesmal anlässlich an die Sommer-Reisezeit Ende Oktober und Anfang November besondere Reizeermäßigungen einziehen. In dieser Zeit können Besichtigungstouren nach Moskau und anderen Großstädten der Sowjetunion von Sowjetgrenze bis Sowjetgrenze mit einem mehrwöchigen Aufenthalt in einer oder mehreren Städten einsch. Reisepesen, Verpflegung und aller Nebenkosten schon von 120,— Reichsmark an unternommen. Auskünfte und Reiseprogramme erhältlich durch: Sportverlag Eggersdorfer, Saarbrücken 3, Passagenstraße 7.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Fiß in Tübingen; für Anzeigen: Otto Rahn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 5.

WOHNUNGS - EINRICHTUNGEN - FABRIK - ANLAGEN
B BIBLIOTHEKEN UND STÜCKGUTER

Speditiert regelmäßig, preiswert und rasch

STERN EXPRESS

31, RUE DE PÉTROGRAD - PARIS 8^e

(Nähe Place Clichy und St. Lazare) • Téléphone Europe 60-10

Korrespondenz auch in deutsch. Lager und Agenturen
in allen Städten Deutschlands und Zentral-Europas

3maliger Sammeldienst jede Woche von Deutschland nach Paris—
Elsass—Riviera und den Provinz-Städten Frankreichs

VERPACKUNGEN - LAGERUNG AUCH IN DEUTSCH-
LAND - VERSICHERUNG - MÜBELTRANSPORTE

1a Referenzen zur Verfügung. Bei Anfragen 10 Mark
oder 50 Fr. für Porto und Spesen erbeten

Beratungsstelle

(französisches Unternehmen)

49, rue Pigalle - PARIS 9^e

vermittelt Beteiligungen, Associa-
tionen, Gründung v. Gesellschaften,
befaßt sich mit allen Angelegenheit.

Man spricht deutsch

Privatdelektiv

Jude, langjähriger Spezialist mit besten
internationalen Verbindungen u. prima
Referenzen (Industrie, Handel, Anwalt-
schaft, etc.) sucht zwecks Eröffnung eines
Spezialbüros in Paris streng seriösen
Partner mit entsprechendem Kapital.

Gefl. Zuschr. erbeten Publ. Metz, Paris (3)
11, Rue de Turbigo No 725 6441

Juristische Kanzlei

Rechtsanwalt **M. A. Adamoff**
und juristischer Beirat **S. J. Idelson**

Gerichtliche, administrative Angelegenheiten, Un-
fälle, Finanzierung von Unternehmungen, Anleihen,
Hypotheken und andere Sicherheiten, Hausverwal-
tungen usw. werden prompt erledigt

Paris, 85, Rue de la Convention (15)
Tel. Vaug. 59-07, Sprechstunden v. 5-8 Uhr abends

Existenz

Deutscher Kaufm.
oder Avademiker
in ca 20-25000 Fr.
bietet s. außerge-
wönl. Gelegenheit z.
risikolos. Selbst-
ständig. m. garant.
groß Einkommen i.
Paris Offerten unt.
Hotel Montholon,
Lafayette, 4, Rue
Ribouitte - Paris - 9^e
chambre 38

Meister

Belgisch Emaillier-
fabrik sucht einen
franz. sprechenden

der mit r. Fabrika-
tion von Haushalt-
artikeln vertraut ist.
Angebote mit
Gehaltsansprüchen
E. G. 22, Agence
Rossel, Bruxelles

Knaben-Pension

für Kinder von
6 bis 15 Jahren

290

Man spricht deutsch

Antony (Seine)
12, rue de la Mairie

Bei monatlichen
Besuchen und

Störungen

helfen nur „Drageon
Hygie“ Stärke 1:
RM 5,—, II: RM 8,—
Prospekt gegen Rück-
porto, Postl. 187 54,
Louis (France)

Im Winter kommen Sie nach Paris

Sie werden die größte Wohnlichkeit
in diesen zwei Hotels finden

Hôtel de Castille

(Madeleine) • 37, Rue de Cambon
Zimmer und Mahlzeiten von 55.— Fr. an
RESTAURANT-GARTEN

Hôtel Cambon

(Champs-Élysées) • 3, Rue de Cambon
Zimmer und Mahlzeiten von 45.— Fr. an
Familienleben • Billig und behaglich

Das komfortabelste Haus von Paris

Parc Buttes Chaumont

1 Zimmer, Diele, Küche, Bad Fr. 2.900.—
2 Zimmer, Diele, Küche, Bad Fr. 3.900.—
Zentralheizung, Warmwasser, Fahrstuhl,
Telefon, moderne Müllentleerung

19, Rue de l'Atlas
U-Bahn, Station Belleville

Achtung!

RESTAURANT JOSEF,
11, Rue Simon, (Paris 13^e)
Métro: Marceau-Poissonier.

Für Flüchtlinge:
Mittagsessen best. b. a. 4 Gängen zu 1.— Fr.

Tel. Trinité 43-13
Métro: Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de
la Rochefoucauld

a) Allgemeines
Konsultationen
mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie
Zweitklassiges Sanato-
riumgebäude. Die aller-
modernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche
Klinik
Vierstöckiges Gebäude,
Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches
Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Übernehme Hausverwaltungen,
Firmenvertretungen in Berlin
und anderen Städten Erledigung aller
Aufträge prompt und gewissenhaft.
Angebote unter Nr. 264 an die
„Deutsche Freiheit“ erbeten

Werbt für die „Deutsche Freiheit“



Auskunft erteilt: Sportverlag
Eggersdorfer, Saarbrücken 3, Passagenstraße 7

Alte bedeutende Pariser
Kunstgewerbefabrik, erst-
klassige Marke, sucht
Teilhaber
Einlage garantiert

Offerten an die „Deutsche Freiheit“ unter
Nr. 229 erbeten

Bucofra, 215 Fg. St. Honoré, Paris 8.

Tüchtiger Kaufmann wird als
mittlerer Teilhaber zu einem
Herrenschnneider-
geschäft
mit ca. 100.000 Fr. Kapital
gesucht. Jahreserkommen
nachweisbar 200.000 Fr.
Intelligente Dame
findet sichere Position in einer
solchen gut eingeführten Firma
der
Haute couture
in Paris, mit bescheid. ge-
sicherter Einlage.